

20. Oktober 1949
20. Oktober 1979

30 JAHRE

**VERWALTUNGSSTELLE
LANDSHUT**

**10
Metal**

FESTVERANSTALTUNG

20. Oktober 1979
Kolpingsaal Landshut

Herausgeber:

Industriegewerkschaft Metall
f.d.Bundesrepubl.Deutschland
Verwaltungsstelle Landshut

Verantwortlich:

Werner Neugebauer
1. Bevollmächtigter

INHALT

	Seite

<i>Ehret die Arbeit aus der Eröffnung des DGB-Gründungskongresses</i>	2
Vorwort des Kollegen Werner Neugebauer	3
Grußadresse des Kollegen Eugen Loderer	5
Grußadresse des Kollegen Hans-Jürgen Wischnewski	7
<i>Dokument 1 Gründungsprotokoll der Verwaltungsstelle Landshut</i>	
Der Zeitraum von 1945 bis 1949	9
<i>Dokument 2 Einladung zur ersten Vertreterversammlung 1951</i>	
<i>Dokument 3 Kassenbericht zur ersten Vertreterversammlung 1951</i>	
<i>Dokument 4 Anwesenheitsliste der ersten Vertreterversammlung 1951</i>	
Der Zeitraum von 1949 bis 1959	11
<i>Dokument 5 Erstes Ortsstatut der Verwaltungsstelle Landshut</i>	
Der Zeitraum von 1959 bis 1969	15
<i>Dokument 6 Flugblatt aus dem Bayernstreik 1954</i>	
<i>Dokument 7 Monatsbericht der Verwaltungsstelle August 1954</i>	
Der Zeitraum von 1969 bis 1979	17
<i>Dokument 8 Maßregelungen infolge des Streiks 1954</i>	
<i>Dokument 9 Arbeitsgerichtsurteil vom Januar 1955</i>	
<i>Dokument 10 Antrag auf Weitergewährung von Gemäßregelungenunterstützung</i>	
<i>Dokument 11 Auszug aus einer Gemäßregelungenliste</i>	
Ausblick	21
<i>Auflösungsbeschluß des Bayerischen Gewerkschafts- bundes von 1949</i>	
Anhang ausgewählte statistische Angaben	25
<i>Aus der Schlußansprache Hans Böcklers anlässlich des DGB-Gründungskongresses</i>	

Der nachfolgende erste Vers des Gedichtes Requiescat von Ferdinand Freiligrath leitete den Gründungskongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes ein, der vom 12. bis 14. Oktober 1949 in München stattfand.

Der Münchner Friedrich Domin, Mitglied der Gewerkschaft Kunst, sprach diesen Vers als Prolog.

EHRET DIE ARBEIT

Wer den wucht'gen Hammer schwingt,
Wer im Felde mäht die Ähren,

Wer ins Mark der Erde dringt,
Weib und Kinder zu ernähren;

Wer stroman den Nachen zieht,
Wer bei Woll' und Werg und Flachse
Hinterm Webstuhl sich müht,
Daß sein blonder Junge wachse;

Jedem Ehre, jedem Preis!

Ehre jeder Hand voll Schwielen!
Ehre jedem Tropfen Schweiß,
Der in Hütten fällt und Mühlen!

Ehre jeder nassen Stirn
Hinterm Pfluge - doch auch dessen,
Der mit Schädel und mit Hirn
Hungernd pflügt, sei nicht vergessen!

VORWORT

Die Industriegewerkschaft Metall, Verwaltungsstelle Landshut, führt zu ihrem dreißigjährigen Bestehen eine Veranstaltung durch, um der Öffentlichkeit und unserer Mitgliedschaft die Möglichkeit zu geben, die Arbeit dieser Organisation zu werten.

Hier geht es nicht um Nostalgie, sondern um das selbstbewußte Darstellen der Ergebnisse täglicher Kleinarbeit in den Betrieben und in der Gesellschaft als Gewerkschafter.

Die Geschichte der Arbeiterbewegung ist gepflastert mit Kämpfen, mit Siegen, aber auch mit Niederlagen. Es waren die Männer und Frauen dieser Arbeiterbewegung, die Bismarck unter dem Sozialistengesetz trotzten, die dem Hitler-Faschismus in Gefängnissen und Konzentrationslagern Widerstand entgegensetzten und die oft genug ihr Leben dafür lassen mußten.

Aus den Lehren der Vergangenheit wurde nach 1945 diese Einheitsgewerkschaft - geordnet nach dem Industriegewerkschaftsprinzip - geschaffen, als Schutz- und Trutzbündnis der arbeitenden Menschen.

In der Öffentlichkeit, in der Gesellschaft und in den offiziellen Geschichtsbüchern wird nach wie vor die Geschichte der Arbeiterbewegung, das Wirken der Gewerkschaften, sträflich vernachlässigt. Dieser Zustand ist zutiefst unbefriedigend.

Unsere Veranstaltung zum dreißigjährigen Bestehen der Verwaltungsstelle soll dazu beitragen, das Geschichtsbewußtsein der abhängig Beschäftigten zu fördern und wach zu halten. Sie soll den jungen Kolleginnen und Kollegen aufzeigen, welcher Kämpfe und Auseinandersetzungen es bedurfte, um das, was heute so selbstverständlich erscheint, durchzusetzen.

Diese Veranstaltung soll Dank und Anerkennung denen zollen, die in guten und schlechten Zeiten zu unserer Bewegung gestanden haben und diese Veranstaltung soll schließlich unseren gemeinsamen Willen zur erfolgreichen Fortsetzung unserer Arbeit dokumentieren.

Wir hoffen, daß dieser Tag sowohl für unsere Gäste als auch für unsere Mitglieder eine bleibende Erinnerung sein wird.


Werner Neugebauer
1. Bevollmächtigter



Eugen Loderer

1. Vorsitzender der
Industriegewerkschaft Metall

GRUSS - ADRESSE

Liebe Kolleginnen,
Liebe Kollegen,

Die dreißig-jährige Wiederkehr der Gründung der Verwaltungsstelle ist ein Einschnitt im Leben der Organisation und damit ein willkommener Anlaß, sich auf Erfolge und Anstrengungen der Vergangenheit zu besinnen und vorwärts zu blicken, um die Ziele der kommenden Arbeit und Schritte zu ihrer Verwirklichung zu diskutieren.

Landshut, eine der flächenmäßig größten Verwaltungsstellen in der IG Metall, hat in den letzten 30 Jahren eine Veränderung von einer früher schwerpunktmäßig landwirtschaftlich geprägten zu einer stärker industrialisierten Region erlebt.

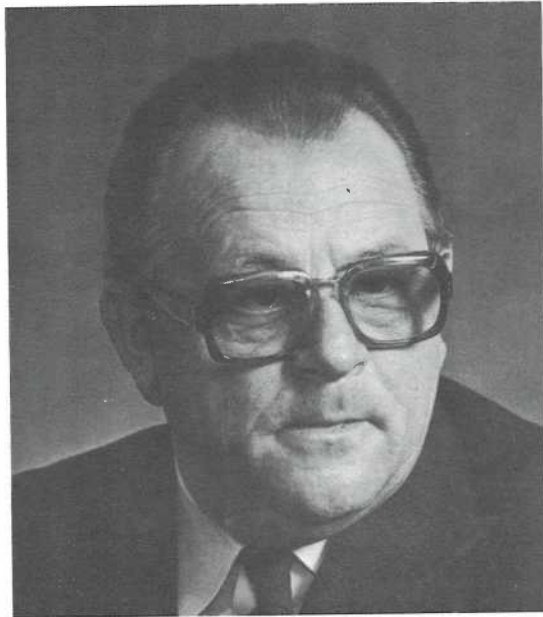
Unter den genannten Bedingungen war und ist Gewerkschaftsarbeit hier mit großen Schwierigkeiten und auch mit viel persönlichem Mut und Einsatz der Mitglieder und Funktionäre verbunden. Ein Beweis für die erfolgreiche Arbeit ist das stetige Anwachsen der Mitgliederzahl der IG Metall in dem Bereich der Verwaltungsstelle in den letzten 30 Jahren. Waren 1955 nur 2.350 Kolleginnen und Kollegen organisiert, so stieg ihre Zahl auf das über dreifache 1973 und erreichte mit über 17.000 im Jahre 1979 einen neuen Höhepunkt. Damit wurde ein sicheres Fundament gelegt, auf dem die Organisation in bewährter Weise aufbauen kann.

Die gegenwärtige politische Lage in der Bundesrepublik stellt uns vor besondere Aufgaben. Der Angriff der CSU auf die Einheitsgewerkschaft gefährdet das bewährte Zusammenspiel der gesellschaftlichen Kräfte in unserer politischen Ordnung, weil anstelle der Vielfalt in der Einheit willkürliche Sonderbündelei von Teilinteressen gesetzt werden soll.

Die Vielfalt in der Einheitsgewerkschaft garantiert eine ausgewogene Interessenvertretung, enthält den heilsamen Zwang zum Kompromiß und befähigt die Gruppierungen und den Einzelnen zum demokratischen Konsens. Wirksame Interessenvertretung einerseits und die Fähigkeit zur Grundübereinstimmung und zum Kompromiß andererseits, sind die Pfeiler, auf denen unsere demokratische Ordnung fußt.

Die IG Metall mißt die politischen Parteien an ihren Programmen und an ihren politischen Aktivitäten. Parteien und Politiker haben nur dann einen Anspruch auf Unterstützung, wenn ihre Programme und Aktivitäten dazu beitragen, die politische und gesellschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik auf dem Weg zur sozialen Demokratie voranzutreiben.

Gewerkschaften nehmen diesen Auftrag jenseits aller kurzfristigen Wahlkampfhektik wahr. Nicht nur die historische Erfahrung des gewerkschaftlichen Kampfes für die gesellschaftliche Besserstellung der Arbeitnehmer hat uns das gelehrt, sondern auch die Einsicht, daß unser demokratisches System nur dann lebensfähig ist und sich weiterentwickeln kann, wenn die Demokratisierung alle Lebens- und Arbeitsbereiche umfaßt.



Hans-Jürgen Wischniewski
Staatsminister beim Bundeskanzler

GRUSS-ADRESSE

Liebe Kolleginnen,
Liebe Kollegen,

als einer von denen, die beim Aufbau der Verwaltungsstelle Landshut mitgearbeitet haben, sende ich Euch zum 30. Jubiläum meine herzlichsten Glückwünsche.

Eure Verwaltungsstelle ist im selben Jahr gegründet worden wie die Bundesrepublik Deutschland. Als wir 1949 unsere Arbeit begannen, hat keiner von uns zu hoffen gewagt, daß die Bundesrepublik Deutschland sich politisch und wirtschaftlich so erfolgreich entwickeln würde. Es ist zu einem nicht geringen Teil Verdienst der IG Metall und der übrigen Gewerkschaften, daß unser Land heute internationales Ansehen als demokratischer und sozialer Rechtsstaat genießt.

Die deutschen Gewerkschafter sind sich ihrer Aufgaben im Staat stets bewußt gewesen: als es nach dem Krieg darum ging, die Ärmel hochzukrempeln und beim Wiederaufbau zuzupacken, waren die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften in vorderster Linie dabei.

Heute geht es darum, das Erreichte zu sichern, zu festigen und auszubauen. Nach Jahren des wirtschaftlichen Aufschwungs und der Vollbeschäftigung erzwingen Energieknappheit und rapide steigende Ölpreise einen strukturellen Wandel unserer Wirtschaft. Auch mit diesen Problemen müssen wir fertig werden.

Die Gewerkschaften haben - gemeinsam mit den Unternehmen - dafür zu sorgen, daß diese Umwandlung nicht auf dem Rücken der Arbeitnehmer ausgetragen wird. Ich halte es für ein Unding, jetzt die Gewerkschaftsbewegung spalten zu wollen. Wir müssen denen, die das vorhaben, eine klare Abfuhr erteilen.

Vernunft und gewerkschaftliche Solidarität sind auch in Zukunft ein guter Ratgeber. In diesem Sinne wünsche ich der Verwaltungsstelle Landshut, allen Kolleginnen und Kollegen, weiterhin eine gute und erfolgreiche Arbeit.

Grußwort des Bayerischen Gewerkschaftsbundes an den Gründungskongreß des DGB - München 1949

Kollege Lorenz Hagen:

"... Die im Bayerischen Gewerkschaftsbund organisierten Gewerkschafter entbieten dem Kongreß die besten Wünsche und Grüße.

Wir Bayern sind stolz darauf, daß ein Ereignis von der Bedeutung des Gründungskongresses des Deutschen Gewerkschaftsbundes in München stattfindet. Vier Jahre sind seit dem Zusammenbruch vergangen, bis der Wunsch aller Gewerkschafter, ob jung oder alt, in Erfüllung gehen konnte und wir zu einem neuen einigen Deutschen Gewerkschaftsbund frei von jeglicher politischer Bindung kommen konnten.

Wir hoffen, daß es unseren Gästen in unserem schönen Bayernland und besonders in München gefällt. Wir glauben, daß die Arbeit, die Sie als Delegierte auf diesem Kongreß zu erledigen haben, mit beeinflußt wird durch die sprichwörtlich bekannte bayerische und speziell Münchner Gemütlichkeit, die schon so oft ausgleichend gewirkt hat. Mögen Sie, Kolleginnen und Kollegen, die Sie als Delegierte berufen sind, an diesem neuen großen Einheitswerk mitzuarbeiten, sich bewußt sein, daß gerade unser München eine Stadt der Kongresse ist, die auch im Gewerkschaftsleben des öfteren eine nicht unwesentliche Rolle gespielt hat. Mögen Sie aber darüber hinaus München auch als Kunststadt werten, wenn auch heute nach den unseligen Folgen des Krieges die Kunst in München noch schwer zu leiden hat.

Unsere besten Wünsche und Grüße begleiten den Kongreß. Möge Ihnen unsere ganze Freundschaft beweisen, daß wir uns eins mit Ihnen fühlen. Wir hoffen, daß nach getaner Arbeit im geselligen Kreise auch die Bindung von Kollegen zu Kollegen uns im Sinne echter bayerischer Gemütlichkeit menschlich näher bringt.

Nochmals ein herzliches Willkommen und ein Glückauf zur Arbeit!"

Industrie-Gewerkschaft Metall
Ortsverwaltung Landshut
(B.G.B.)

*ging an die Post Landshut
zwecks Errichtung eines Postfachkontos*
Landshut, den 14. Februar 1950

A b s c h r i f t !

Protokoll über die Sitzung der Bevollmächtigten und deren Stellvertreter für die zukünftige Ortsverwaltung.

Ort: Landshut

Beginn: 10.30 Uhr

Anwesend waren: von Landshut Koll. Winner 1. Vorsitzender
Koll. Kriecher als Vertreter für
Koll. Ettenbacher, stv. Vorsitzender,
von Dingolfing Koll. Widera als 1. Vorsitzender
von Eggenfelden Koll. Weiss 1. Vorsitzender
von Pfarrkirchen
und Griesbach Koll. Neuwalden (mit Beglaubigungsschreiben als Vertreter)

Nach Ausführungen des Koll. Wachter wurden folgende Beschlüsse einstimmig gefasst:

1. Die Anwesenden sind bereit, eine Ortsverwaltung zu bilden, deren Arbeitsbereich die Landkreise Landshut, Rottenburg, Mainburg, Landau/ Isar, Dingolfing, Vilsbiburg, Eggenfelden, Pfarrkirchen und Griesbach umfasst.
2. Der Sitz der Ortsverwaltung ist Landshut.
3. Die Konstituierung der Ortsverwaltung ergab folgendes Ergebnis:
 1. Bevollmächtigter: Winner Peter
 2. Bevollmächtigter: Widera Wilhelm
 - Schriftführer: Ettenbacher Ferdinand
 - Kassier: Reiss Günther
 - Revisoren: Weiss Josef
Rimböck Xaver
 - Beisitzer: werden in der ersten Sitzung der neugegründeten Ortsverwaltung nominiert und gewählt.
4. Bis spätestens 15. November 1949 geben alle bisherigen Ortsverwaltungen einen genauen Bestand ihres Vermögens an die neu gebildete Ortsverwaltung Landshut. Die Hälfte dieses Vermögens wird an die neue Ortsverwaltung überwiesen.
5. Die 15 % des Beitragsaufkommens, die bis zum 31.12.49 auf Grund unserer Bindung zu den Bund noch beibehalten werden, müssen in voller Höhe, abzüglich des Prozentsatzes für die Kassierung an die Ortsverwaltung Landshut abgeliefert werden. Die Finanzierung

- aller gewerkschaftlichen Aufgaben erfolgt von der Ortsverwaltung.
6. Die neue Ortsverwaltung beschliesst die Anstellung eines hauptamtlichen Kollegen und nimmt dazu Ausschreibungen in der Gewerkschaftszeitung vor. Baldmöglichst wird über diese eingegangenen Bewerbungen eine Entscheidung gefällt.
 7. Alle bisherigen Ortsverwaltungen verschaffen sich eine Abschrift ihrer Mitgliedskartei, bzw. eine Mitgliedsliste und senden diese bis spätestens 10. November 1949 an die Ortsverwaltung Landshut ein.
 8. Die neue Ortsverwaltung gibt einen genauen Bericht über die Sitzungen und deren Resultate an die Landesleitung (Bezirksleitung).

Landshut, 20. Oktober 1949.

gez. Wachter.

.....

NB.: Die neue Ortsverwaltung ersucht um einen Ankauf von einem neuen Schreibtisch, Rollschrank, Geldkassette und 6 Stühlen.

1945-1949

Am 8. Mai 1945 setzt die Kapitulation der deutschen Armee einen offiziellen Schlußpunkt unter 12 Jahre faschistische Diktatur und 7 Jahre totalen Krieg. Der Zeitraum bis 1949 war vor allen Dingen geprägt durch die unmittelbaren Folgen des II. Weltkrieges und die unseligen Hinterlassenschaften der Nazi-Zeit.

Die Industrieproduktion ist zum größten Teil eingestellt, eine geordnete Lebensmittelversorgung gibt es nicht, hunderttausende von Wohnungen sind zerstört. Der Krieg hat 56 Millionen Menschen das Leben gekostet, ca. 30 Millionen sind durch die Kriegsfolgen zu Nomaden geworden.

----- DIE SITUATION DER BEVÖLKERUNG -----

Die Situation der Bevölkerung nach Beendigung des II. Weltkrieges ist katastrophal und in einigen lebenswichtigen Teilbereichen sogar schlechter als unmittelbar vor bzw. während des Krieges.

Die Ernährungslage verschlechtert sich in den ersten Nachkriegsmo-naten rapide. Der harte Winter 1946/47 verschärft diese Situation noch erheblich und führt zu zahlreichen Hungertoten. Gleichzeitig sinken die Reallöhne im Vergleich zu 1938 um 30 bis 40 Prozent, da die Besatzungsmächte den Lohnstopp von 1939 vorläufig aufrecht erhalten. Hinzu kommt, daß der Lebenshaltungskostenindex ständig steigt und 1949 fast doppelt so hoch liegt als 1938. Auch nach der Währungsreform vom Juni 1948 tritt keine greifbare Besserung der Lebensbedingungen ein. Die Arbeitslosigkeit steigt sprunghaft an und überschreitet bald die Millionengrenze.

----- INDUSTRIE -----

Das Potsdamer Abkommen sieht vor, daß ein großer Teil der deutschen Industrieanlagen demontiert wird und beschränkt die Produktion. Im Industrieplan des alliierten Kontrollrats ist vorgesehen, daß in den deutschen Unternehmen höchstens 50% dessen produziert werden darf, was 1938 hergestellt wurde. Die Rüstungsproduktion wird vollständig untersagt, die großen Konzerne sollen entflochten werden.

Die westlichen Besatzungsmächte leiten jedoch relativ schnell einen deutlichen Kurswechsel in ihrer Politik ein. Mit dem Marshall-Plan beginnt 1947 ein Programm, das die Wiederherstellung der alten Besitzverhältnisse ermöglicht. Die Währungsreform tut ein Übriges, indem sie die Besitzer von Sachwerten praktisch wieder in den alten Stand versetzt. Der revidierte Industrieplan sieht Produktionssteigerungen vor und reduziert die geplanten Demontagen erheblich, die kurze Zeit später sogar ganz eingestellt werden. Bereits 1948 ist in etwa der Vorkriegsstand der Produktion wieder hergestellt.

WIEDERAUFBAU DER GEWERKSCHAFTEN

Zerrissenheit und Uneinigkeit hatten die deutsche Arbeiterbewegung daran gehindert, den Faschisten ihre ganze Kraft entgegenzustellen. Die Machtübernahme Hitlers besiegelte ihre Niederlage und die "Gleichschaltungsaktion" des Nazi-Regimes zerschlug die Verbände. Es stellte die Funktionäre unter Verfolgung, mordete viele von ihnen in Konzentrationslagern und Gefängnissen. Dennoch arbeiteten viele Gewerkschafter illegal in den Widerstandsbewegungen oder versuchten aus der Emigration heraus Verbindungen aufrecht zu erhalten.

12 Jahre Faschismus konnten jedoch den Gewerkschaftsgedanken nicht in Vergessenheit geraten lassen. Die Überlebenden oder aus der Emigration zurückkehrenden Gewerkschafter beginnen sehr früh, neue Organisationen und Zusammenschlüsse zu schaffen. In den ersten Monaten des Jahres 1945 wird vielfach noch illegal gearbeitet. Obwohl die Besatzungsmächte die Neugründung von Gewerkschaften noch nicht zugelassen haben, werden bereits wieder Beiträge kassiert, neue Mitgliedslisten erstellt, örtliche Gremien konstituiert. Zielsetzung ist überall, eine starke, einheitliche Organisation zu schaffen. Die Politik der Besatzungsmächte behindert vielfach die Neugründungen durch administrative Auflagen und Erschwernisse, verbietet überregionale Zusammenschlüsse. Dennoch finden 1946 bereits die ersten zonalen Gewerkschaftskonferenzen statt, die im wesentlichen die Aufgabe haben, die nötigen Vorarbeiten für die Bildung neuer Organisationen zu leisten.

Vom 13. bis 16. Juli 1946 findet die erste Zusammenkunft in Bayern statt. 503 Delegierte vertraten damals rund 250.000 Kolleginnen und Kollegen. Ein Arbeitsausschuß erhält die Aufgabe, die Gründung eines Bayerischen Gewerkschaftsbundes vorzubereiten, der dann 1947 bereits seinen ersten Kongreß abhält. Im gleichen Jahr tritt erstmals wieder die bayerische Gewerkschaftsjugend zu einem Bundesjugendtag in Augsburg zusammen.

Nachdem mit der Kontrollratsdirektive Nr. 31 die Koalitionsfreiheit wiederhergestellt ist entwickeln sich die Gewerkschaften schnell zu überregionalen Verbänden. Ende 1947 wird der Deutsche Gewerkschaftsbund für die britische Zone gegründet und bereits im Mai des Jahres 1948 beschließt eine Konferenz in Bad Vilbel, einen einheitlichen Gewerkschaftsbund für die britische und die amerikanische Zone zu bilden.

Die Not der Bevölkerung bestimmte in den ersten Nachkriegsjahren die Tagesarbeit der Gewerkschaften und der betrieblichen Funktionäre. In zahlreichen Auseinandersetzungen wurde um Lohn und Nahrung gestritten. Die Aufrechterhaltung des Lohnstopps durch die Alliierten machte es den Gewerkschaften in vielen Bereichen unmöglich, in Tarifverhandlungen einzutreten. Dennoch können unter dem Druck von Proteststreiks in einigen Industriezweigen die Löhne erhöht werden.

Am 8. April 1948 treten in Bayern rund 2.500 Monteure der Elektroindustrie in einen 8-tägigen Streik, der erfolgreich abgeschlossen werden konnte. Nach Aufhebung des Lohnstopps findet der erste größere Streik in der bayerischen Metallindustrie statt. 15.000 Beschäftigte legen im Februar 1949 die Arbeit nieder, um höhere Löhne durchzusetzen.

Industriegewerkschaft "Metall" für die Bundesrepublik Deutschland Ortsverwaltung Landshut

16. Januar 1951

Werter Kollege!

Auf Grund der Wahl, durch welche Du als Delegierter für die Vertreterversammlung (siehe Satzung, § 25) bestimmt wurdest, laden wir Dich hiermit zu der am
Sonntag den 28. Januar 1951 vormittags 9 Uhr,
(Ende etwa gegen 16 Uhr) stattfindenden **Vertreterversammlung ein.**
Diese findet in Landshut und zwar im Gasthaus Münsterer (Ecke Bismarkplatz - Rogensburgerstrasse) statt!

Folgende Tagesordnung wird vorgeschlagen:

1. Begrüßung,
2. Wahl einer dreiköpfigen Mandatsprüfungskommission und eines 3 köpfigen Wahlausschusses,
3. Jahresgeschäftsbericht,
4. Jahreskassenbericht,
5. Aussprache zu diesen beiden Berichten,
6. Revisionsbericht und Entlastung der Vorstandschaft,
7. Beschlussfassung über das Ortsstatut, (siehe Anlage)
8. Beschlussfassung über die Geschäftsordnung, (dfo.)
9. Neuwahl der Ortsverwaltung,
10. Wahl der 3 Delegierten zur Bezirkskonferenz,
11. Anträge und Verschiedenes.
12. Schlusswort.

Anträge zur Abänderung der Tagesordnung, des Ortsstatuts und der Geschäftsordnung, oder zum Punkt 11 der Tagesordnung müssen bis spätestens Freitag den 26. in der Geschäftsstelle der Ortsverwaltung (Landshut, Altstadt 88/I) vorliegen.

Der Kassenbericht geht allen Delegierten bis Anfang nächster Woche pr. Drucksache zu!

Jeder Delegierter, soweit er stimmberechtigt ist, muss zur Konferenz sein Mitgliedsbuch vorweisen! Kollegen, welche ihr Mitgliedsbuch nicht vorlegen können, sind zwar teilnahmeberechtigt, haben aber kein Stimmrecht!

Wahlberechtigt ist in der Vertreterversammlung jeder Kollege, der 13 Wochen Mitglied der Gewerkschaft ist; wählbar dagegen sind nur Mitglieder, welche bereits 52 Wochen Mitglied der Gewerkschaft sind und ordentliche Beiträge geleistet haben (siehe Satzung § 24 Ziffer 2)

Jeder Delegierter erhält neben einem Delegiertengold auch noch die Fahrtkosten (3. Klasse und nur Sonntagsfahrkarte) vergütet.

Von allen gewählten Delegierten erwarten wir, dass sie

1. vollzählig und
2. pünktlich erscheinen, damit wir bis 9 Uhr beginnen

und so frühzeitig schlafen können, dass alle Delegierten mit den Abendzügen wieder zurückfahren in der Lage sind.

Mit kollegialen Grüßen!

i. A. der Ortsverwaltung:

gez. Peter Winner.

22. Jan. 1951

Werter Kollege!

Wir beziehen uns auf die Einladung zu der Vertreterversammlung am kommenden Sonntag (Beginn 9 Uhr vormittags), zu der wir Dich mit Bestimmtheit erwarten, und übersenden Dir nachfolgend den angekündigten Jahreskassenbericht:

Einnahmen 1950		Ausgaben	
Kassenbestand am 1.1.50	DM 666.71	Gehälter	DM 6777.10 9.3%
Anteil aus dem Gesamterlös der Beiträge = 25% aus DM 73 931.80	18482.02	Soz. Vers. Beitr.	928.51 8.9%
Arbeitnehmeranteile der Soz. Vers. Beiträge	233.70	Lohnsteuer	496.50
Lohnsteuer	299.--	Entschädigung der Ortsverwaltung	1635.98 2.2%
Zinsen	22.50	Entschädigung an Beitragskassierer	3871.89 5.2%
Sonstige Einnahmen	745.--	Büroeinrichtung	302.32 0.4%
Überweisungen der Zahlstellen ihrer alten Geldbestände	1893.88	Miete, Heizung, Reinigung und Licht	407.77 0.55%
Arbeitnehmeranteile der Unterst. Vereinigung	118.50	Bürobedarf, Schreibmaterial usw.	422.03 0.57%
		Porto und Telefon	809.47 1.1%
		Agitation, Flugblätter u. Inserate usw.	106.88 0.15%
		Verhandlungen, Konferenzen und Fahrge- lder	1765.07 2.4%
		Bibliothek usw.	156.22 0.2%
		Sonstige Ausgaben	1643.48 2.2%
		Unterstützungs- vereinigung	412.-- 0.55%
Gesamteinnahmen	22461.31	Gesamtausgaben	19740.22
		Kassenbestand:	2721.09
	22461.31		22461.31

Im ausgeworfenen Kassenbestand sind die Beträge enthalten, welche noch den Zahlstellen Dingolfing, Moosburg und Freising zu ihrer eigenen Verfügung stehen.

Zu Lasten des Hauptvorstandes der I.G. Metall in Frankfurt wurden von der O. V. Landshut ausbezahlt an

Krankenunterstützung	DM 2 003.20	Notfallunterst.	DM 180.--
Sonderunterstützung für Weihnachten 1950	2 360.--	Rechtsschutzkosten	134.98
Sterbegeld f. Mitglieder	1 180.--	Fahrtkosten zum Besuch der Schule	498.--
Sterbegeld f. Ehefrauen	70.--		

Für die Richtigkeit:

gez. Winner (1. Bevollmächtigter) Reib (Kassier) gez. Summer Johann, Rimböck Xaver, Junge Heinz } Revisoren

Lfd. Nr.	Name und Vorname:	Zahlstelle:	Funktion:
Landshut:			
1	Wunderlich, Peter		Beisitzer
2	Reiß, Günter		"
3	Haus, Alois		"
4	Gutschke		"
5	Junge		Jugendleiter
6	Mohr		"
7			
Dingolfing:			
8	Widers, Walter	Dingolfing	Beisitzer
9	Wolff, Valentin	Dingolfing	1. Vorsitzender
10	Wolff, Peter	Dingolfing	Jugendleiter
11	Wolfschmidt, Hans-Jürgen	Dingolfing	
12	Jung, Siegfried	Dingolfing	
13	Wolfschmidt, Günther	Dingolfing	Beisitzer
14	Wolfschmidt, Erich	Dingolfing	Jugendleiter
15	Hindmann, Josef	Dingolfing	
16	Wolfschmidt, Hans	Dingolfing	
Freising:			
17	Reib, Max	Freising	Beisitzer
18	Reib, August	Freising	Beisitzer
19	Reib, Fritz	Freising	Beisitzer
20	Reib, Paul	Freising	Beisitzer
21	Westermann, Peter	Freising	Jugendleiter
22	Reib, Albert	Freising	

Lfd. Nr.	Name und Vorname:	Zahlstelle:	Funktion:
Moosburg:			
23	Eberhard Altbeut	Moosburg	Lehrer
24	Max Jost	Moosburg	Lehrer
25	Dieter Jost	Moosburg	Lehrer
Pfarrkirchen:			
26	Karl Jost		
27	Heinrich Jost		
Eggenfelden:			
28	Heinz Jost		
Vilsbiburg:			
29	Leopold Jost		
Velden:			
30	Paul Jost		
Erding:			
31	Paul Jost		
Mitglieder der Ortsverwaltung, welche kein Stimmrecht haben:			
32	Paul Kirchmayr	Moosburg	Vorsitzender d. Zellen
33	Werner Jost	Moosburg	Beschäftigter
34	Heinz Jost	Moosburg	Lehrer d. Z.
35	Leopold Jost	Moosburg	Lehrer
36	Leopold Jost	Moosburg	1. Vorsitzender
37	Werner Jost	Pfarrkirchen	O.V. Mitglied
38	Leopold Jost	Moosburg	Lehrer

1949-1959

ALLGEMEINE ENTWICKLUNG

Der Zeitraum von 1949 bis 1959 ist geprägt vom Wiederaufbau - sowohl im wirtschaftlichen als auch im gesellschaftspolitischen Bereich.

Am 23. Mai 1949 wird das Grundgesetz verkündet. Mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland liegt die Gesetzgebung wieder in den Händen deutscher Politiker, nach und nach werden die Verfügungen der Alliierten aufgehoben. Die ersten Bundestagswahlen bringen - wie die bereits 1946 durchgeführten Kommunalwahlen - knappe Mehrheiten für die CDU. Sie erhält 139 Sitze im Bundestag (31%) und Konrad Adenauer wird Bundeskanzler.

Nach Aufhebung der zonalen Beschränkungen schließen sich auch die Gewerkschaften auf Bundesebene zusammen. Die Landesverbände werden aufgelöst und vom 12. bis 14. Oktober 1949 findet in München der Gründungskongress des Deutschen Gewerkschaftsbundes statt, der 16 Einzelgewerkschaften umschließt.

Im Vordergrund der verabschiedeten Zielsetzung der deutschen Gewerkschaften steht "eine Wirtschaftsordnung, in der die soziale Ungerechtigkeit und wirtschaftliche Not beseitigt (ist) und jedem Arbeitswilligen Arbeit und Existenz gesichert sind". Zur Verwirklichung dieses Zieles werden Mitbestimmung, Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum und eine zentrale volkswirtschaftliche Planung gefordert.

DER KAMPF UM DIE MITBESTIMMUNG

Obwohl die Gewerkschaften in den ersten Nachkriegsjahren mit einer Vielzahl von öffentlichen und organisatorischen Problemen beschäftigt sind, verlieren sie jedoch grundsätzliche Ziele nicht aus den Augen. Sie ziehen die Lehren aus den verheerenden Folgen der Weltwirtschaftskrise und der Unterstützung der Industrie für die Nazis. Sie fordern die Demokratisierung der gesamten Wirtschaft und die Beteiligung der Arbeiter und Angestellten an allen Entscheidungsprozessen.

Bereits in den ersten Zonenkonferenzen werden diese Forderungen präzisiert, wird Mitbestimmung in den Aufsichtsräten und eine demokratische Betriebsverfassung gefordert. Die Gewerkschaften werden anfangs von allen Parteien in dieser Zielsetzung unterstützt, sogar einige Unternehmer bieten Mitbestimmung an, um der drohenden Enteignung zu entgehen. Das Bild ändert sich jedoch sehr schnell, als die westlichen Besatzungsmächte unter Führung der USA ihre Restitutionspolitik beginnen und die teilweise als Kriegsverbrecher rechtskräftig verurteilten Fabrikbesitzer unbehelligt in die Unternehmen zurückkehren.

Die teilweise betriebliche vereinbarten fortschrittlichen Mitbestimmungsregelungen werden aufgehoben und nur durch den Druck, der in Urabstimmungen und Streiks ausgeübt wird gelingt es, 1951 wenigstens die paritätische Mitbestimmung in der Montanindustrie durchzusetzen.

Ähnlich ergeht es den Gewerkschaften in der Auseinandersetzung um das Betriebsverfassungsgesetz. Auch hier kann nicht verhindert werden, daß 1952 ein Gesetz verabschiedet wird, das keineswegs den Forderungen des DGB und seiner Gewerkschaften entspricht und viele der direkt nach dem Kriegsende durchgesetzten betrieblichen Vereinbarungen zu Nichte macht.

POLITISCHE, AUSEINANDERSETZUNGEN

Die Niederlage, die die Gewerkschaften sowohl in der Frage der Mitbestimmung als auch beim Betriebsverfassungsgesetz erlitten haben, verstärkt in den folgenden Jahren die innergewerkschaftliche Diskussion um Zielsetzung und Strategie der Arbeit. Der DGB-Kongreß des Jahres 1952 hält grundsätzlich an der Forderung nach Neuordnung der Wirtschaft fest, jedoch sind sich die Gewerkschafter bereits mehr oder minder darüber im Klaren, daß die alte Wirtschaftsordnung bereits wieder fest etabliert ist.

In den Bundestagswahlkampf 1953 greift der DGB mit einem Wähleraufruf "Für einen besseren Bundestag" ein. Die Gewerkschaften erhoffen sich von einem Regierungswechsel eine bessere Ausgangsposition für die Durchsetzung ihrer Forderungen. Die CDU/CSU kann ihre Position in der Bundestagswahl jedoch verbessern.

Auch in der Frage der Wiederaufrüstung der Bundesrepublik und der Einführung der Bundeswehr geht der DGB und seine Gewerkschaften zu nächst auf Konfrontationskurs. Sie unterstützen wesentlich die "Paulskirchenbewegung" gegen Wiederbewaffnung und Wehrpflicht und schließlich Ende der 50er Jahre die Kampagne "Kampf dem Atomtod". Machtvolle Demonstrationen zeigen, daß diese Haltung von breiten Kreisen der Mitgliedschaft getragen wird. Dennoch unterwirft sich der DGB schließlich der Entscheidung der politischen Instanzen und läßt es nicht auf eine Machtprobe ankommen.

Die im Zeitraum bis 1959 erlassenen Gesetze spiegeln deutlich die Machtverhältnisse. Gewerkschaftliche Forderungen können auf parlamentarischem Wege nur in sehr beschränktem Umfang durchgesetzt werden und die Errungenschaften der ersten Nachkriegsjahre werden schrittweise wieder abgebaut. Die dringendsten Probleme werden zwar geregelt, entsprechen jedoch kaum den Vorstellungen der Gewerkschaften - so zum Beispiel

- das Tarifvertragsgesetz (1949)
- das Heimarbeitsgesetz (1951)
- das Kündigungsschutzgesetz (1951)
- das Mutterschutzgesetz (1952)
- die Novellierung der Gewerbeordnung (1953)
- das Arbeits- und Sozialgerichtsgesetz (1953)

KONSEQUENZEN DER GEWERKSCHAFTEN

Enttäuscht von der Entwicklung, die sich nicht aufzuhalten vermögen, wenden sich die Gewerkschaften wieder verstärkt der Tarifpolitik zu. Zum einen soll dadurch die dringend notwendige Verbesserung des Lebensstandards der abhängig Beschäftigten erreicht werden, zum anderen werden tarifvertragliche Regelungen angestrebt, die Lücken und unzu-

Länglichkeiten der Gesetzgebung auffangen sollen.

Begünstigt durch die Währungsreform und gestützt durch die amerikanische Finanzhilfe erholt sich die deutsche Industrie sehr schnell und die industriellen Wachstumsraten steigen durchschnittlich um 20% pro Jahr. Dennoch nimmt die Arbeitslosigkeit bis zu Beginn der 50er Jahre weiterhin zu und die Löhne hinken der Gewinnentwicklung weit hinterher.

1951 führt die IG Metall in Hessen den ersten großen Streik, an dem rund 75.000 Metallarbeiter beteiligt sind. Drei Jahre später folgt der Streik in der bayerischen Metallindustrie.

Die Akzentverlagerung wird 1955 mit der Verkündung des Aktionsprogrammes des DGB besonders deutlich. Im Vordergrund stehen tarifpolitische und sozialpolitische Forderungen, die in den folgenden Jahren in Angriff genommen werden. Es beginnt das lange und zähe Ringen um die Verkürzung der Arbeitszeit, die Verlängerung des Urlaubs und andere wichtige Bestimmungen, die heute in unseren Tarifverträgen festgeschrieben sind. Soweit die Forderungen durchgesetzt werden konnten, geschah dies gegen den härtesten Widerstand der Unternehmer. Herausragendes Beispiel dafür ist der 16-wöchige Streik der Metallarbeiter in Schleswig-Holstein 1956, in dem über 32.000 Arbeiter und Angestellte den Arbeitgebern die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, eine Urlaubsverlängerung und das zusätzliche Urlaubsgeld abtrotzten.

VERWALTUNGSSTELLE LANDSHUT

Bereits im Sommer 1945 knüpften die bayerischen Metaller wieder die ersten Kontakte untereinander und 1946 schlossen sich die örtlichen Metallgewerkschaften zur "IG Metall Bayern" zusammen. Die Kassenführung des Verbandes oblag dem Bayerischen Gewerkschaftsbund und erst als diese durch die Neuregelung der Kompetenzen des DGB Ende 1945 aufgehoben wurde, wurden finanziell eigenständige Verwaltungsstellen eingerichtet. Die nach 1945 spontan entstandenen 76 bayerischen Verwaltungsstellen wurden bei der Gründung des Bezirks München auf 21 lebensfähige Organisationsbereiche reduziert.

Die Verwaltungsstelle Landshut, deren Gründungsversammlung am 20. Oktober 1949 stattfand, umfaßte ca. 2.700 Mitglieder und war von Anfang an hauptamtlich besetzt. 1955 geriet die Verwaltungsstelle aufgrund rückläufiger Mitgliederzahlen und einiger anderer Vorkommnisse in die Gefahr, aufgelöst zu werden. Nach intensiven Diskussionen mit der Bezirksleitung und dem Vorstand der IG Metall konnte dies jedoch verhindert werden. Personelle Veränderungen und verstärkte Anstrengungen der betrieblichen Funktionäre trugen in der Folgezeit dazu bei, daß sich die Verwaltungsstelle positiv entwickelte.

Die Arbeit der ersten Jahre orientierte sich vorrangig an den dringendsten organisatorischen Aufgaben: Die Metallbetriebe wurden durch die Einleitung und Durchführung von Betriebsratswahlen neu erfaßt, die Tarifbewegungen wurden vorbereitet, der Streik von 1954 stellte die Verwaltungsstelle vor schwierige Aufgaben. Die Personengruppenarbeit wurde belebt, Vertrauenskörper und Arbeitskreise neu gebildet. Das gewerkschaftliche Leben wurde schrittweise und unter erheblichen Anstrengungen wieder in Gang gebracht.

EXKURS:

BAYERNSTREIK 1954

Im April 1954 kündigt die IG Metall die Lohn- und Gehaltsabkommen zum 30. Juni. Die Forderungen der Großen Tarifkommission sehen neben 12 Pfennig Lohnerhöhung und einer 12%igen Anhebung der Gehälter weitere Verbesserungen der Realeinkommen vor.

Die IG Metall versucht, sofort mit dem VBM in Verhandlungen zu treten. Trotzdem findet erst Ende Juni die erste Verhandlung statt, die ergebnislos abgebrochen wird. Die Haltung des VBM in dieser Taribewegung war von Anfang an äußerst provozierend und konfliktorientiert. Der Verband legt Gegenforderungen vor und zeigt sich alles andere als kompromißbereit.

Zahlreiche Verhandlungen und Gespräche - in die sich auch der bayerische Arbeitsminister Öchsle einschaltet - lassen keinen Fortschritt erkennen und die Tarifkommission beschließt die Urabstimmung. Fast 137.000 bayerische Metallarbeiter werden zu den Urnen gerufen. Sie entscheiden sich zu 80,7% für den Streik, dessen Beginn auf den 9. August 1954 festgesetzt wird.

Noch am ersten Streiktag legt der bayerische Arbeitsminister ungebeten einen "Einigungsvorschlag" vor, der weit unter den IG-Metall-Forderungen liegt. Die IG Metall ist jedoch bereit, auf der Grundlage dieses Vorschlages die Verhandlungen wieder aufzunehmen. Öchsle macht schließlich einen zweiten Einigungsvorschlag, der zwar auf die Gegenforderungen des VBM eingeht, aber von diesem rundheraus abgelehnt wird. Die sofortige Einmischung der Bayerischen Staatsregierung in die Tarifeinmischung stärkt jedoch die Position des VBM.

Die Unternehmer reagierten auf den Streikbeginn mit Drohbriefen an die Streikenden und deren Familien, Massenentlassungen und eine massive Öffentlichkeitsarbeit. Bezeichnend ist auch, daß bereits am ersten Streiktag 48 bestreikte Betriebe Sonderlohnabkommen abschlossen. Die Zahl der Betriebsabschlüsse erhöhte sich in der zweiten Streikwoche auf 109. Was anfangs wie ein Einbruch in die Unternehmerfront erschien stellte sich jedoch bald als gezielte Taktik des VBM heraus, der damit erreichte, daß viele Belegschaften die Arbeit wieder aufnahmen.

Ende der zweiten Streikwoche droht die bayerische Staatsregierung mit einer Zwangsschlichtung für den Fall, daß der dritte Einigungsvorschlag Öchsles abgelehnt und damit keine Einigung zwischen den Tarifparteien erzielt würde. Hinzu kommt, daß sich der Innenminister einschaltet und die IG Metall zur Reduzierung der Streikposten zwingen will. Die IG Metall reagiert auf diese offenen Eingriffe in die Tarifautonomie und das Streikrecht mit dem Versuch, die durch die Betriebsabschlüsse bereits geschwächte Streikfront wieder zu stärken und den Arbeitskampf auszuweiten. Als dies mißlingt, willigt sie in Schiedsverhandlungen unter Vorsitz Öchsles ein. Der nach zweitägigen Verhandlungen vorgelegte Schiedsspruch bleibt weit hinter den Forderungen der Metallarbeiter zurück. In der zweiten Urabstimmung sind noch rund 72.000 Streikende stimmberechtigt. Zwar lehnt die Mehrheit der abstimmenden den Schiedsspruch ab, doch die erforderlichen 75% für die Weiterführung des Arbeitskampfes werden nicht erreicht.

Industriegewerkschaft "Metall"
für die Bundesrepublik Deutschland

O r t s s t a t u t

der Verwaltungsstelle L a n d s h u t.

I. Bereich der Verwaltungsstelle:

Die Verwaltungsstelle umfasst die Stadt- und Landkreise:

Landshut	Vilsbiburg	Landau
Moosburg	Eggenfelden	Dingolfing
Freising	Pfarrkirchen	Rottenburg
Erding	Griesbach	Mainburg

II. Gliederung der Verwaltungsstelle:

1. Die räumliche Ausdehnung der Verwaltungsstelle macht die Bildung von Zahlstellen notwendig.
2. Zahlstellen werden dort gebildet, wo es die organisatorische Arbeit verlangt, oder wo es die Mitglieder fordern. Jedoch soll in einem Ort nur eine Zahlstelle bestehen.
3. Zur Zeit bestehen in der Verwaltungsstelle folgende Zahlstellen:
Landshut, Moosburg, Freising, Erding, Velden, Vilsbiburg, Frontenhausen, Eggenfelden, Gangkofen, Wurmansquick, Tann, Ering, Pocking, Rottalmünster, Kösslarn, Bayerbach, Postmünster, Pfarrkirchen, Triftern, Landau, Dingolfing, Langquaid, Rottenburg, Pfeffenhausen, Mainburg,

III. Zahlstellen:

1. Für jede Zahlstelle wird eine aus drei Mitgliedern bestehende Zahlstellenleitung gebildet.
2. Die Wahl der Zahlstellenleitung erfolgt durch ihre Mitglieder alle 2 Jahre vor der Neuwahl der Vertreterversammlung der Verwaltungsstelle.
3. Die Zahlstellenleitung hat die Aufgabe:
 - a) Entgegennahme von Beitritts- und Austrittserklärungen,
 - b) Einziehung von Beiträgen und deren Abrechnung mit der Verwaltungsstelle,
 - c) Begutachtung von Unterstützungs- und Rechtsschutzanträgen,
 - d) Unterstützung der Ortsverwaltung bei allen Aufgaben, wo Notwendigkeit und Möglichkeit gegeben ist,
 - e) Pflege der Kollegialität,
 - f) Regelung von Streitigkeiten, soweit diese nicht satzungsmäßig durch andere Organe der Gewerkschaft geklärt werden.

- g) Belehrung der Mitglieder und Betreuung der Agitation,
- h) Betreuung der Mitglieder durch Rat und Auskunft, soweit dies im Rahmen der nicht hauptamtlichen Tätigkeit möglich ist,
- i) bis zum 10. jeden Monats einen Bericht über die Vorkommnisse und die Mitgliederbewegung an die Verwaltungsstelle einzusenden.

IV. Zahlstellenkassiere:

- 1. In jeder Zahlstelle wird auf Vorschlag der Zahlstellenleitung durch die Ortsverwaltung ein Kassier ernannt.
- 2. Der Kassier erhält seine Richtlinien und Anweisungen direkt von der Geschäftsstelle und ist dieser mit der gesamten Zahlstellenleitung für die ordnungsgemässe Durchführung der Kassengeschäfte verantwortlich.

V. Industriegruppen:

Bei gegebenen Voraussetzungen können im Bereich der Ortsverwaltung Industriegruppen gebildet werden.

VI. Vertreterversammlung:

- 1. Gemäss § 24, Ziffer 5 der Satzung wird für die Verwaltungsstelle Landshut die Vertreterversammlung gebildet.
- 2. Die Vertreter der Mitgliedschaft werden alle 2 Jahre nach dem Inkrafttreten der auf dem Gewerkschaftstag beschlossenen Satzung in Mitgliederversammlungen der einzelnen Zahlstellen in geheimer Wahl gewählt.
- 3. Auf je 100 Mitglieder entfällt ein Vertreter.
- 4. Die Vertreter müssen in ihrer oder einer der nächst liegenden Zahlstellen wohnen oder in ihrer Industriegruppe beschäftigt sein, für die sie gewählt werden.
- 5. Wahlberechtigung und Wählbarkeit richten sich nach § 24, Ziffer 2 der Satzung.
- 6. Die Vertreterversammlung findet vierteljährlich statt. Falls die notwendigen finanziellen Mittel zur Durchführung der Vertreterversammlung nicht zur Verfügung stehen, kann die Ortsverwaltung beschliessen, sie jährlich durchzuführen.
- 7. Die Einladung erfolgt durch die Ortsverwaltung mit einer Frist von 10 Tagen. Vor Neuwahlen hat die Ortsverwaltung den Mitgliedern der Vertreterversammlung den Kassenbericht mit der Einladung zuzusenden.
- 8. Die Leitung der Vertreterversammlung obliegt der Ortsverwaltung.
- 9. Die Aufgaben der Vertreterversammlung sind in § 25 der Satzung festgelegt.

VII. Ortsverwaltung:

- 1. Die nach § 24 zu bildende Ortsverwaltung ist die Geschäftsleitung der Verwaltungsstelle.
- 2. Die Ortsverwaltung besteht aus:
 - 1 Bevollmächtigten
 - 1 Kassierer
 - und 7 Beisitzern.die gleichzeitig Geschäftsführer sein sollen

Aus den Reihen der Beisitzer sind der 2. Bevollmächtigte, der 2. Kassier, der Schriftführer und die drei Kassenrevisoren zu bestellen.

- 3. Die Ortsverwaltung wird alle 2 Jahre von der Vertreterversammlung gewählt; erstmals im 1. Vierteljahr nach dem Inkrafttreten der neuen Satzung.
- 4. Die Ortsverwaltung und ihre Geschäftsführer vertreten die Gewerkschaft nach innen und aussen, sowohl den Mitgliedern als auch Dritten gegenüber. Sie sind dabei an die Satzung und an die vom Vorstand gemäss der Gewerkschaftstagbeschlüsse gegebenen Anweisungen und Vollmachten gebunden.
- 5. Die Aufgaben der Ortsverwaltung ergeben sich aus dem § 24 der Satzung.
- 6. Bei satzungs- oder ordnungswidriger Leitung einer Zahlstelle ist die Ortsverwaltung berechtigt, vorübergehend eine andere Zahlstellenleitung einzusetzen. Jedoch ist eine Neuwahl unmittelbar einzuleiten.
- 7. Die Ortsverwaltung tritt mindestens alle Vierteljahre zusammen, sofern nicht aussergewöhnliche Vorkommnisse ein früheres Zusammentreten notwendig machen. Auf Verlangen von einem Drittel der Ortsverwaltungsmitglieder ist mit entsprechender Begründung eine Sitzung unverzüglich, jedoch spätestens innerhalb der nächsten 10 Tage nach Antragstellung einzuberufen.

VIII. Erweiterte Ortsverwaltung:

- 1. Zur Beratung und Unterstützung der Ortsverwaltung in besonderen und wichtigen Angelegenheiten ist eine erweiterte Ortsverwaltung gebildet.
- 2. Die erweiterte Ortsverwaltung besteht
 - a) aus den Mitgliedern der Ortsverwaltung,
 - b) je einen Vertreter der Zahlstellen und Industriegruppen.

IX. Anstellung von Angestellten:

1. Anstellung von männlichen und weiblichen Bürohilfskräften für die Verwaltungsstelle und ihre Zahlstellen erfolgt durch die Geschäftsführer nach den Richtlinien der Ortsverwaltung.
2. Anstellung von männlichen und weiblichen Angestellten mit Auskunftserteilung, Aussendienst, beschränkten Bank- und Postvollmachten, erfolgt durch die Ortsverwaltung.
3. Anstellung des Geschäftsführers (der gleichzeitig erster Bevollmächtigter sein **soll**), oder des Kassiers erfolgt ebenfalls durch die Ortsverwaltung.
4. Anstellungs- und Gehaltsbedingungen werden durch den **Vorstand** gemäss den Richtlinien der I. G. Metall festgesetzt. Darüber hinaus gehende Festsetzungen werden in Einzelfällen durch die Ortsverwaltung geregelt.

X. Inkrafttreten des Ortsstatuts:

1. Dieses Ortsstatut kann nur durch eine Zweidrittelmehrheit der Vertreterversammlung geändert werden.
2. Es tritt mit Wirkung vom 28. Januar 1951, vorbehaltlich der Genehmigung durch den Vorstand in Kraft.
3. Durch Schreiben vom 21. März und 11. April 1951 wurde vorstehendes Ortsstatut durch den Vorstand der I.G. Metall genehmigt.

~~Industrie~~ Gewerkschaft
Metall
für die Bundesrepublik Deutschland
Ortsverwaltung Landshut

1959-1969

ALLGEMEINE ENTWICKLUNG

Dieser Zeitabschnitt ist gekennzeichnet durch weiteres Fortschreiten der Konzentration privater Wirtschaftsmacht und anhaltende politische Restauration. So betrug zum Beispiel allein im Jahr 1959 der Vermögenszuwachs bei den Selbständigen das dreiundzwanzigfache des Zuwachses bei den abhängig Beschäftigten.

Mit der zunehmenden Festigung der alten Besitzverhältnisse verschärfte sich auch erneut das "soziale Klima" in der Bundesrepublik. Hinzu kam die härtere Gangart der Unternehmerseite in den Tarifauseinandersetzungen mit dem offensichtlichen Ziel, die Tarifautonomie auszuhöhlen und die Kampfkraft der Gewerkschaften - insbesondere der IG Metall - zu zerschlagen.

Nicht zuletzt die verfehlte staatliche Wirtschaftspolitik unter Kanzler Erhard führte Ende der 60er Jahre zu einer tiefgreifenden Wirtschaftskrise. Hohe Einkommensverluste, Kurzarbeit in großem Ausmaß und Arbeitslosigkeit waren die Folgen dieser Politik, die die abhängig Beschäftigten zu tragen hatten.

Erhard mußte die Konsequenzen aus seiner arbeitnehmerfeindlichen Politik ziehen. Der Kanzler erklärte seinen Rücktritt und machte damit den Weg für die Große Koalition der Regierung Brandt/Kiesinger frei. Die Mehrheitsverhältnisse im Bundestag blieben jedoch die gleichen.

Die allgemeine Unzufriedenheit mit den politischen Verhältnissen und den Arbeits- und Lebensbedingungen macht sich Ende der sechziger Jahre zuerst in den "Studentenunruhen" Luft. Die Studentenbewegung vermochte jedoch nicht, die Arbeiterschaft in diese Auseinandersetzung mit einzubeziehen und viele ihrer Aktionen und riesigen Demonstrationen wurden mit dem untauglichen Mittel autoritärer Polizeigewalt niedergeschlagen.

Kennzeichnend für die politischen Kräfteverhältnisse in dieser Zeit ist die Einführung der Notstandsgesetze. Die in ihnen enthaltenen Möglichkeiten für die Aussetzung demokratischer Grundrechte und die Aufhebung zum Beispiel des Streik- und Versammlungsrechtes betreffen in erster Linie die Gewerkschaften. Der Kampf gegen diese Gesetzgebung wurde zwar in der Hauptsache von den Gewerkschaften geführt, war jedoch nicht konsequent genug, um die Notstandsgesetzgebung schließlich zu verhindern.

Trotz alledem konnte die organisierte Arbeiterschaft Erfolge auf gesellschafts-, sozial- und tarifpolitischem Gebiet erzielen, die auf dem Hintergrund der ansatzweise geschilderten Schwierigkeiten und Widerstände als Ausdruck solidarischer Geschlossenheit zu werten sind.

In diesem Jahrzehnt wurde eine Reihe von Gesetzen verabschiedet, die die Arbeitsbedingungen und die soziale Sicherung der Arbeiter und Angestellten verbesserten, so zum Beispiel

- das Jugendarbeitsschutzgesetz
- das Lohnfortzahlungsgesetz
- das Sozialhilfegesetz.

Im tarifpolitischen Bereich konnten in diesem Zeitraum Erfolge verbucht werden, die zum Teil als bahnbrechend zu bezeichnen sind. Hier ist besonders die Einführung der 40-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, der Abbau der Ortsklassen, die Einführung des zusätzlichen Urlaubsgeldes und der Freistellungsanspruch zum Zwecke der Aus- und Fortbildung im bayrischen Manteltarifvertrag zu nennen. Gleichzeitig konnten gegen den erbitterten Widerstand der Unternehmerverbände die Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen erheblich verbessert werden.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß diese zweifellos schwierige Zeit den ganzen Einsatz der Gewerkschaftsmitglieder und -funktionäre forderte. Die Auseinandersetzungen dieses Jahrzehnts führten zu einer breiten Politisierung der abhängig Beschäftigten - insbesondere der arbeitenden Jugend -, die sich in den nachfolgenden Jahren deutlich bemerkbar machte.

VERWALTUNGSSTELLE LANDSHUT

Im Verwaltungsstellenbereich nahm die Beschäftigtenzahl infolge von Betriebsansiedlungen (zum Beispiel Grundig, Mann und Hummel, Agfa) ständig zu. Ein Teil der durch die Wirtschaftskrise verursachten Arbeitslosigkeit wurde dadurch aufgefangen. Dennoch verloren im Verwaltungsstellenbereich 2.200 Kolleginnen und Kollegen ihren Arbeitsplatz, 5.500 waren von Kurzarbeit betroffen.

Erst die Übernahme der Fa. Glas in Dingolfing durch die Bayrischen Motorenwerke stellte die Weichen für den Abbau der Arbeitslosigkeit und die Zunahme der Beschäftigtenzahlen.

Der organisatorische Schwerpunkt der Verwaltungsstellenarbeit lag in diesem Zeitraum auf der Erschließung der neu angesiedelten Betriebe und deren Betreuung. Ausdruck dieser Arbeit ist unter anderem die Steigerung des Organisationsgrades in den Betriebsratseinheiten, der von 1959 bis 1969 von 20,5% auf 29,2% stieg. Gleichzeitig stieg die Zahl der über Betriebsräte erfaßten Betriebe von 22 auf 27 Betriebe.

LOHNABRECHNUNG GEORG HUBER

Facharbeiter, verh., 2 Kinder, im **ZEITLOHN** München
 Stundenlohn DM 1,44 Sozialzulage DM - ,06 48 Stunden = DM 72,-
 10 Proz. Mehrverd. = DM 7,20
 wöchentlich brutto = DM 79,20

Abzüge
 Lohnsteuer DM - ,63
 Kirchensteuer DM - ,05
 Nolopfer Berlin DM - ,33
 Sozial-Versicherung DM 8,30
 Gew.Beitrag DM 1,40
 zusammen DM 10,71
 = wöchentlich netto DM 68,49

wöchentlich netto DM 68,49
 monatlich netto DM 294,51

Laufende Ausgaben, monatlich

Wohnungsmiete DM 45,-
 Licht, Gas DM 12,-
 Holz, Kohlen DM 15,-
 Kleidung, Wäsche, Schuhe DM 21,66
 (täglich 260,-) DM 5,-
 (täglich u. Putzmittel) DM 3,95
 Wasch- u. Putzmittel DM 2,-
 Zeitung DM 8,-
 Rundfunkgebühr DM 3,-
 Versicherung DM 3,30
 Schulgeld u. Schreibmaterial
 Kino, Theater o. ä. DM 3,-

HAUSHALTSBUCH DER FRAU HUBER

Yonlinenwaren DM - ,50
 Reinigwaren, Getränke DM 1,50
 Lebensmittel täglich DM - ,63
 1 1/2 Ltr. Milch DM - ,64
 1 kg Roggenbrot DM - ,77
 125 g Butter DM - ,41
 375 g Schweinefett DM 1,48
 100 g Suppenil. (od. Fisch) DM - ,45
 2 kg Wurst DM - ,40
 Gemüse DM - ,80
 Zucker, Kaffee, Mehl, Teigwaren
 zusammen DM - ,40
DM 7,98

monatlich insgesamt DM 118,91
 verbleiben monatlich DM 175,60
 verbleiben täglich **DM 5,83**

FRAU HUBER SAGT:

Zu diesen notwendigsten

Ausgaben

fehlen täglich DM

2,15

Es reicht einfach nicht!

Für die Familie muß es besser werden!

Dem umstehend angeführten Beispiel einer Haushaltsrechnung liegt der Lohn eines Facharbeiters zu Grunde, der in der Großstadt im Zeitlohn arbeitet und 79,20 DM wöchentlich brutto für seine vierköpfige Familie verdient. Das trifft aber auch nur für die Großstädte zu. In allen anderen Städten und Orten ist das Einkommen des gleichen Facharbeiters niedriger. Es verringert sich noch mehr, wenn der Ernährer einer Familie nicht als Facharbeiter, sondern als angelernter oder ungelernter Arbeiter tätig ist.

So darf es nicht länger weitergehen, es muß eine Erhöhung der Einkommen und damit der Kaufkraft erfolgen!

Deshalb führt die Industriegewerkschaft Metall langwierige Verhandlungen mit dem Unternehmerverband. Wir hatten gehofft, schon in diesen Tagen vor die Frauen unserer Kollegen hintreten und sagen zu können: Der Verein der Bayerischen Metallindustrie, die Vertretung der bayerischen Metallindustriellen, hatte Verständnis für Eure Sorgen und Nöte, wir haben eine Erhöhung des Einkommens Eurer Männer erreicht. Aber bisher haben die Unternehmer keinen tragbaren Lohn- und Gehaltserhöhungen zugestimmt.

Die Löhne und Gehälter für die Arbeiter und Angestellten in der bayerischen Metallindustrie müssen erhöht werden!

Sollte es durch Verhandlungen zu keinem tragbaren Ergebnis kommen, dann werden die Arbeiter und Angestellten zu den gewerkschaftlichen Mitteln der Urabstimmung und des Streiks greifen, um ihre berechtigten Forderungen zu verwirklichen. In diesem Kampf brauchen die Männer dann Eure Unterstützung. Stellt Euch dann ebenso wie kürzlich die Frauen in Württemberg-Baden unbeirrbar an die Seite Eurer Männer. Denn nur wenn Eure Männer mehr verdienen, ist es möglich, für die Familie, die doch die Grundlage des Staates ist, besser zu sorgen.

Den Frauen wird nichts geschenkt!

Das gilt ganz besonders auch für die Kolleginnen in den Betrieben. Die Unternehmer wollen die Lohngruppenrelation verändern. Eine Veränderung der Lohngruppenrelation würde sich aber für alle in der bayerischen Metallindustrie beschäftigten Arbeiterinnen sehr nachteilig auswirken, da sich ihr Lohn auf die jeweilige Männerlohngruppe bezieht. Eine Verschlechterung der Lohnrelation für die angelernten und ungelernten Arbeiter bringt automatisch auch eine Verschlechterung der Frauenlöhne.

Stellt Euch geschlossen an die Seite Eurer Männer und der Kollegen im Betrieb.

Erkennt den Ernst der Situation! Es geht um Eure Lohntüte!

INDUSTRIEGEWERKSCHAFT METALL FÜR DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
BEZIRKSLEITUNG MÜNCHEN

Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland Bezirksleitung München

Monatsbericht für August 195
der Verwaltungsstelle

Landshut

A) Mitgliederbewegung

	Arbeiter Arbeiterinnen	Angestellte techn.	Werk- meister kaufm.	Jugendliche bis 21 Jahre	davon jugendl. Angest.	
Männlich						
Weiblich	1 983	31	39	29	503	10
zusammen	1771	1	14	—	17	5
	2 154	32	53	29	520	15

ergibt eine Gesamt-Mitgliederzahl von 2 803

B) Die wichtigsten Vorkommnisse und Arbeiten innerhalb des Verwaltungsbereiches:

Um den Delegierten zum Verbandstag nach den Bestimmungen unserer Satzung zu nominieren, musste eine Nachwahl durchgeführt werden. Zu diesem Zwecke hatten wir eine Vertreterversammlung einberufen, in der dann der gemeinsame Delegierte für die Verwaltungsstellen Lindau, Memmingen und Landshut der Kollege Martin Schedel aus Memmingen auch von Landshut in geheimer Wahl gewählt wurde. In dieser Vertreterversammlung wurde übrigens auch zu den in Bayern von der grossen Tarifkommission beschlossenen Streik Stellung genommen.

Zahlreiche Funktionärs-Mitgliederversammlungen usw. mussten einberufen werden, um die notwendigen Streikvorbereitungen treffen zu können.

Der Streikbeginn am 9.8.54 brachte nicht nur Enttäuschungen, sondern auch gute Anfangserfolge. 7 Betriebe unseres Verwaltungsbereichs beteiligten sich am Streik. Allerdings zeigte es sich sehr bald, dass die Gegenmassnahmen der Arbeitgeber (wie z. B. Kündigungen, Angebote von Tarifierhöhungen, Besuche in den Wohnungen, Kündigungen von Bezugswohnungen usw.) ihre Wirkung nicht verfehlten. Ein Abbröckeln von bisher streikenden Arbeitnehmern (insbesondere Frauen und Mädchen) war schon in den ersten Tagen festzustellen, das sich besonders bei Beginn der 2. Streikwoche sehr krass auswirkte. Die geringe Streikunterstützung für neu eingetretene Mitglieder und auf Grund der schlechten Beitragsleistung tat das ihrige, um die Streikfront ins Wanken zu bringen. Der Kollege Gotta aus Offenbach am Main, den der Vorstand nach Landshut beorderte, war um 14 Tage zu spät eingesetzt, obwohl er auf Grund seiner Streikerfahrungen aus dem Hessenstreik nach

mal aktiv eingreifen konnte. Sein Hiersein hat sich jedenfalls positiv ausgewirkt.

Die Kollegen Winner und ~~Attenbacher~~, die an allen Sitzungen der grossen Tarifkommission und der Geschäftsführer teilnahmen, haben dadurch die streikenden Kollegen immer auf dem laufenden halten können.

In Freising und Landshut, wurden sowohl in der ersten Woche als auch bis Streikende viele Streikversammlungen durchgeführt und viele Sitzungen der Streikleitung abgehalten.

Aber nicht nur auf diesem Gebiet haben wir aktiv gewirkt, sondern der unterhaltliche Teil wurde nicht ausser acht gelassen, wosu insbesondere die beiden von der Bezirksleitung zusammengestellten Variete Veranstaltungen und die mit unserem Filmwagen durchgeführten Filmveranstaltungen beigetragen haben.

Zu erwähnen ist noch, dass andere nicht streikende Betriebe und andere Gewerkschaften Geldsammlungen zu Gunsten der streikenden Kolleginnen und Kollegen durchgeführt haben, was ebenfalls zur Stärkung der Streikfront nicht unwesentlich beigetragen hat.

Ein grosses Interesse und grosse Anteilnahme an diesem Streik zeigten auch die Kollegen, die im Berichtsmonat die vorläufige Invalidenunterstützung ausbezahlt erhielten.

Leider zeigte es sich bei Streikende nach der Annahme des Schiedsspruches, dass ca. 95 Kollegen und Kolleginnen aus Landshut und Freising nicht wieder ihren Arbeitsplatz einnehmen konnten, da die Betriebe Söll, Schlüter und Lorenz die Arbeitskraft der streikenden Kollegen nicht annahmen.

Übrigens werden wir von Streikbeginn bis Streikende einen Sonderbericht anfertigen und diesen der Bezirksleitung fristgerecht einsenden.

Leider war es während des Streiks nicht möglich, alle Verwaltungsarbeiten und organisatorischen Arbeiten so fertigzustellen, wie dies notwendig wäre.

Winner

(P. Winner)

1969-1979

Die Jahre von 1969 bis 1979 brachten in der Bundesrepublik und auch für die Verwaltungsstelle Landshut einige wesentliche Veränderungen mit sich.

ALLGEMEINE ENTWICKLUNG

Aus der ersten Nachkriegskrise 1966/1967 entwickelte sich 1969 ein immenser wirtschaftlicher Aufschwung, der zu einer Explosion der Unternehmensgewinne führte.

Die Tarifverträge der IG Metall waren noch unter dem Eindruck der Wirtschaftskrise abgeschlossen worden und konnten die veränderte Situation nicht berücksichtigen. Die Realeinkommen blieben deutlich sichtbar hinter der Gewinnentwicklung zurück. Da der IG Metall durch die vereinbarten Verträge die Hände gebunden waren, versuchten viele Belegschaften betrieblich Lohnforderungen durchzusetzen. Die breite Streikbewegung des "heißen Herbstes" 1969 führte schließlich zum Erfolg. Die Unternehmer wurden gezwungen, mit der IG Metall in Verhandlungen zu treten und Tarifverbesserungen zuzugestehen.

Das Jahr 1969 brachte auch eine Ablösung der 1967 gebildeten Großen Koalition. Sozialdemokraten und Freie Demokraten bildeten unter Bundeskanzler Willy Brandt die erste sozialliberale Bundesregierung und verwiesen CDU und CSU in die Rolle der Opposition.

Sowohl auf sozialpolitischer als auch auf gesellschaftspolitischer Ebene wurden Schritte nach vorn getan. Eine Reihe von Arbeitsgesetzen wurden geschaffen, die eine Verbesserung der Arbeitsmöglichkeiten der betrieblichen Interessenvertretung ermöglichten:

- Betriebsverfassungsgesetz
- Arbeitsförderungsgesetz
- Berufsbildungsgesetz
- Arbeitssicherheitsgesetz
- Konkursausfallgesetz
- flexible Altersgrenze
- Schwerbehindertengesetz
- Mutterschaftsurlaubsgesetz

In diesen Gesetzen wurden einerseits Forderungen der Gewerkschaften mit aufgenommen und verwirklicht, andererseits verwässert und in einigen Bereichen auch ins Gegenteil verkehrt.

Ein Paradebeispiel dafür ist das Mitbestimmungsgesetz 1976. Die Forderung der deutschen Arbeiterbewegung nach paritätischer Mitbestimmung ist fester Bestandteil des Wirkens der Gewerkschaften nach 1945 gewesen. Mit dem Mitbestimmungsgesetz 1976, das weit hinter der schwer erkämpften Montanmit-

bestimmung zurückbleibt, wurde der Mitbestimmungsgedanke auf einen Weg geführt, der von uns als Schritt in die falsche Richtung bezeichnet werden muß. Das Gesetz bringt keine Parität und gibt den Anteilseignern noch zusätzlich ein doppeltes Stimmrecht. Die Forderung nach Mitbestimmung bleibt deshalb auch in Zukunft auf der Tagesordnung.

Die Klage der Unternehmer gegen dieses "Mitbestimmungsverhinderungsgesetz" hat in der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung deutlich gemacht, daß die reaktionären Kräfte in der Bundesrepublik nichts unversucht lassen, die Verfassung dieses Landes dazu zu benutzen, ihren Alleinherrschaftsanspruch über Menschen und Produktion festzuschreiben.

Das Bundesverfassungsgericht hat eine Entscheidung getroffen, die den Weg, den die Deutschen Gewerkschaften gehen wollen, nicht verbaut.

In den Zeitraum der Jahre 1969 bis 1979 fallen weitere Entwicklungen, die die Gewerkschaften herausfordern.

Die seit 1974 andauernde weltweite Wirtschaftskrise, die teilweise strukturell und teilweise produktionsbedingt ist, hat in der Bundesrepublik zu anhaltender Arbeitslosigkeit geführt. Durchschnittlich eine Million Menschen sind seit 1974 in diesem Land ohne Arbeit, viele von ihnen schon seit längerer Zeit.

Von der Arbeitslosigkeit besonders betroffen ist nach wie vor die arbeitende Jugend. Der gewerkschaftlichen Forderung nach einer umfassenden Novellierung des Berufsbildungsgesetzes und des Jugendarbeitsschutzgesetzes haben die Unternehmer in Industrie und Handwerk einen beispiellosen Ausbildungsboykott entgegengesetzt, der die Bundesregierung zum Reformverzicht gezwungen hat. Bis zu 80.000 junge Menschen waren ohne Ausbildungsstelle und damit arbeitslos.

Das Unternehmerziel wurde erreicht: die Novellierung des Berufsbildungsgesetzes blieb aus, die Ausbildungsplatzabgabe wurde trotz Erfüllung der Kriterien nicht erhoben, das novellierte Jugendarbeitsschutzgesetz entspricht keineswegs den gewerkschaftlichen Vorstellungen.

Zwar haben die Unternehmer unter dem Druck der Öffentlichkeit zwischenzeitlich das quantitative Ausbildungsplatzangebot erhöht, aber die Qualität der angebotenen Ausbildungsplätze ist erheblich gesunken. Die zunehmende Klage der Industrie über "Facharbeitermangel" trotz anhaltender Arbeitslosigkeit macht bereits jetzt deutlich, wohin diese Politik führt. Inwieweit sich die zunehmende Ausbildung in wenig zukunftsorientierten Berufen als bildungs- und gesellschaftspolitische Fehlinvestition herausstellt, werden wir in wenigen Jahren wissen. Wer im Endeffekt die Folgen dieser Fehlinvestitionen zu tragen hat, steht jedoch bereits schon jetzt fest.

Weitreichende Veränderungen auch im technologischen Bereich - zum Beispiel durch den Einsatz von Mikroprozessoren - haben in den letzten Jahren hunderttausende von Arbeitsplätzen, sowohl im kaufmännischen als auch im gewerblich-technischen Bereich, gekostet. Und dies ist erst der zaghafte Anfang der sogenannten Dritten Industriellen Revolution.

Das Unternehmertum in der Bundesrepublik ist in den letzten zehn Jahren zu einer deutlich anderen, wesentlich direkteren und offeneren Gang- und Tonart übergegangen. Die Positionen sind klar formuliert: von A wie Aussperrung bis Z wie Zerstörung der Tarifautonomie.

Die Arbeitskämpfe dieses Jahrzehnts waren gekennzeichnet vom Willen der abhängig Beschäftigten, im Bereich der Metallindustrie Arbeitsplätze sicherer zu machen, humaner zu gestalten und die Arbeitskraft vor Dequalifizierung und damit Abgruppierung zu schützen.

Die IG Metall hat in diesem Zeitraum tarifpolitische Schrittmacherdienste geleistet. Denken wir an die erstmalige Vereinbarung zur Absicherung älterer Kolleginnen und Kollegen in Bayern, denken wir an den Lohnrahmentarifvertrag Nordwürttemberg/Nordbaden und an den dort erstreikten Schutz vor Abgruppierung infolge Rationalisierung, denken wir an die hart erkämpfte Unterschreitung der 40-Stunden-Woche für große Teile der Kollegen im Stahlbereich und nicht zuletzt an den Meilenstein des sechswöchigen Urlaubs für alle.

Diese tarifpolitischen Erfolge konnten nur deshalb erreicht werden, weil die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, Angestellten und Auszubildenden solidarisch zusammenstanden und - dort wo es notwendig war - entschlossen für ihre berechtigten Forderungen gekämpft haben.

Die Unternehmer haben in diesen Auseinandersetzungen ihr wahres Gesicht gezeigt. Hunderttausende wurden ausgesperrt - die Bundesrepublik Deutschland ist in diesem Jahrzehnt zum aussperrungsreichsten Land Europas geworden. Der von allen DGB-Gewerkschaften getragene Forderung nach dem Verbot der Aussperrung wird weiterhin eine zentrale Rolle in unserem gesellschaftspolitischen Forderungskatalog zukommen.

Die IG Metall hat im letzten Jahrzehnt unter Beweis gestellt, daß sie sich nicht auf einen sozialpartnerschaftlichen Kurs abdrängen läßt. Diese Organisation ist und bleibt Schutz- und Trutzbündnis der organisierten Arbeiter, Angestellten und Auszubildenden gegen Unternehmerwillkür und soziale Ungerechtigkeit und Kampforganisation für die Durchsetzung der Interessen der abhängig Beschäftigten.

VERWALTUNGSSTELLE LANDSHUT

Die Beschäftigtenzahlen im Bereich der Verwaltungsstelle stiegen in einzelnen Branchen bis zum Jahr 1974 stetig an. Die Struktur der Betriebe zentralisierte sich auf drei Bereiche: Automobilindustrie, Elektroindustrie und Maschinenbau.

In den Bereichen Elektroindustrie und Maschinenbau ging es von 1974 an mit Einsetzen der Wirtschaftskrise ständig abwärts, mehr und mehr Arbeitsplätze wurden abgebaut. Allein in der Stadt Landshut verschwanden in diesem Zeitraum in der Elektroindustrie rund 1.150 Arbeitsplätze.

In der Automobilindustrie mit ihren Zulieferbetrieben stieg die Zahl der Beschäftigten und die in anderen Bereichen arbeitslos gewordenen Kolleginnen und Kollegen konnten dort vielfach neue Arbeitsplätze finden. Das hat letztlich auch dazu geführt, daß in unserem Bereich die Arbeitslosenzahl sich im Vergleich zum Bundesgebiet unterdurchschnittlich entwickelt hat.

Die organisatorischen Schwerpunkte der letzten 10 Jahre lagen bei der Neuerfassung von Betrieben durch Einleitung von Betriebsratswahlen und die Bildung funktionsfähiger, gewerkschaftlich organisierter Betriebsratseinheiten.

Waren 1969 nur 27 Betriebe im Verwaltungsstellenbereich durch Betriebsratseinheiten erfaßt, so können wir heute auf insgesamt 65 erfaßte Betriebe verweisen. Eine ähnlich erfolgreiche Entwicklung nahm in dieser Zeit der Organisationsgrad der erfaßten Betriebe. 1969 waren 29,2% der dort Beschäftigten in der IG Metall organisiert, heute liegt der Durchschnitt bei 46,6% Organisierten in den erfaßten Betrieben.

INDUSTRIE-GEWERKSCHAFT METALL
FÜR DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
VERWALTUNGSSTELLE LANDSHUT

Telefon Nr. 2342

Bank:
Volksbank Landshut
Konto Nr. 3138
Postcheckkonto:
München 11728

An die

Industriegewerkschaft Metall,
- Bezirksleitung -

München 15
Landwehrstr. 7/9

LANDSHUT
A
Luitpoldstr. 13

Ihre Zeichen Ihre Nachricht vom Unser Zeichen Hausapp. Nr. Tag **16.9.54**

Betr.: Aufstellung über gemassregelte Mitglieder

Werte Kollegen!

Wunschgemäß geben wir Euch nachfolgende die Betriebe und Kollegen bekannt, derenwegen Klagen vor dem Arbeitsgericht geführt werden MUSS:

Fa. Goell, Freising

1. **Klinik Viktor, Betriebsrat** am 11.8.54 fristlose und vorsorglich fristgerechte Kündigung ausgesprochen, am 1.9.54 Mitteilung, dass fristlose Kündigung aufrecht gehalten wird.
2. **Bals Johann, Betriebsrat** dto.
(arbeitet seit 15.9.54 in einem anderen Betrieb!)
3. **Dann Erich,** dto.
(arbeitet seit 15.9.54 in einem anderen Betrieb!)
4. **Bauer Martin,** dto.

Fa. Schlüter, Freising

5. **Kastl Ludwig, Betriebsratsvorsitzender**
am 18.8.54 fristlos gekündigt und vorsorglich fristgerechte Kündigung ausgesprochen, am 1.9.54 wieder eingestellt und eine neue Kündigung zum 2.10.54 ausgesprochen. Hat die Kündigungszeit und für den Resturlaub zahlung erhalten. Auf Arbeitsleistung wurde verzichtet!
6. **Schlitt Franz,** am 1.9. zum 18.9.54 gekündigt.
7. **Lubos Eduard,** dto.
8. **Hackner Fritz,** dto.
9. **Rankl Erich,** dto.
10. **Wagner Johann,** dto.

Bitte wenden!

Fa. Erich Röhr, Landshut

11. Almer Hans, Am 16.8.54 fristlos gekündigt und noch nicht wieder eingestellt.
12. Bauer Karl, Am 9.8.54 fristlos gekündigt und noch nicht wieder eingestellt.
13. Buchmeier Hermann, dto.
14. Lange Heinz, Funktionär, dto.
15. Weimann Adolf, dto.
16. Pable Hans, Landshut Am 3.9.54 fristlos gekündigt, nachdem Koll. Pable bereits 3 Wochen gearbeitet hatte. Für diesen Betrieb war der Streik bereits am 17.8.1954 beendet.

Fa. C. Lorenz, Ag. Landshut

17. Wolfgang Tilch, Betriebsratsvors. Am 4.9.1954 fristlos gekündigt!
18. Eitenbacher Ferd. Betriebsrat, Mitglied der Ortsverw. und Mitglied der grossen Tarifkommission Am 4.9.54 fristlos gekündigt,
19. Rudolf Erich, Angest. Betriebsrat am 4.9.54 fristlos gekündigt!
20. Zühlbauer Johann, am 4.9.54 zum 18.9.54 gekündigt!
21. Gerlt Erwin, dto.
22. Kaufmann Kurt, dto.
23. Langrieser Karl, dto.
24. Schiffer Hans, dto.
25. Vollmer Max, dto.
26. Konesch Maria, dto.
27. Archov Mariane, dto.
28. Szunylowicz Elisabeth, dto.
29. Schuster Maria, dto.
30. Kretschmer Franz, noch nicht in Arbeit, der noch nicht gekündigt.
31. Rivort Nikolaus, Durch die Zweikleitung zur Arbeitsleistung freigegeben, aber am 11.8. wegen ungl. Zusammenarbeit mit dem streikenden Betriebsrat fristlos entlassen. Feststellungsklage eingereicht und gewonnen. Trotzdem die angebotene Arbeit nicht angenommen!
32. Schwonter Elisabeth, Angestellte Am 8.9.54 zum 31.3.55 gekündigt. Während der Minilohnzeit mit Inventuraufgaben beschäftigt.
33. Harzko Heinz, dto.
34. Kausch Werner, Am 4.9. zum 18.9.54 gekündigt. Ab 9.9.54 in einem anderen Betrieb beschäftigt.
35. Hirschbrich Rudolf, dto.

Mit kollegialen Grüessen!

(C. Lorenz)

A b s c h r i f t

Proz.Reg.Nr. II 191/54 L Ausfertigung

IM NAMEN DES V O L K E S !

Das Arbeitsgericht Regensburg
Zweigstelle Landshut
- Allgemeine Kammer -

erlässt in Sachen

T i l c h Wolfgang, Prüfer, Landshut, Ludwig-
Thomastrasse 29 Klagepartei,

vertreten durch Rechtsstellenleiter Otto Ulrich, DGB
Landshut, Böckler-Ludmillastrasse Gew.Haus

gegen

Fa. C. L o r e n z Ag. Landshut, Hofmark-Aich
beklagte Partei,

vertreten durch E. Krebs, Verein d. Bayerischen Metall-
industrie München 2, Brienerstrasse 3/II

wegen Feststellung

auf Grund der in öffentlicher Sitzung vom 13.1.1955 ge-
pflogenen mündlichen Verhandlung, wobei zugegen waren:
1.

1. Arbeiterrechtsdirektor Hublocher als Vorsitzender
2. die Arbeitsrichter: a) Huber Johann
b) Spiess Robert als Beisitzer

folgendes

E n d - U r t e i l :

- I.) Die Klage wird abgewiesen
II.) Der Kläger hat die Kosten des Rechtsstreites zu tragen.
III.) Der Streitwert wird auf DM 900.-- festgesetzt.

Verkündet am: Dreizehnten Januar
Eintausend neunhundertfünfundfünfzig
Der stellv. Urkundsbeamte:
gez. Brandmeier
Regierungs-Angestellte

Tatbestand:

Der Kläger war seit dem 2.2.1949 bei der Beklagten als Prüfer mit einem Stundenlohn von 1,55 DM beschäftigt gewesen, seit 1953 war er Vorsitzender des Betriebsrates.

Er beteiligte sich am Streik der IG Metall vom August 1954 und wurde gleich den übrigen Streikenden am 9.8.1954 fristlos gekündigt. Am 6.9.54 erhielt der Kläger nachfolgendes erneutes Entlassungsschreibens:

*Hiermit sprechen wir für Sie vorsorglich eine weitere fristlose Kündigung aus und begründen diese, wie folgt:

Bereits vor Ausbruch des Streikes haben Sie sich als Betriebsratsvorsitzender intensiv den Streikvorbereitungen gewidmet, während wir zumindest von Ihnen eine neutrale Haltung erwartet hätten. (§ 49 Abs. 2 BVG).

3 Tage vor Streikbeginn haben Sie es gegenüber dem Werkleiter abgelehnt, eine Vereinbarung über die Notdienste während des Streiks abzuschliessen, wozu sie als Betriebsratsvorsitzender und E. verpflichtet gewesen wären (§ 49 Abs. 2 BVG).

Am 9. August 1954 haben Sie ohne Erlaubnis der Werkleitung ein unsachliches Flugblatt mit werkseigenen Mitteln ohne Genehmigung angefertigt und ohne die notwendige Erlaubnis der Werkleitung an alle Belegschaftsmitglieder im Werk während der Arbeitszeit verteilt (§ 49 Abs. 2 BVG und C. Lorenz Arbeitsordnung VIII Abs. 22).

Während des Streikes haben Sie den Pförtner Bivort zu einem grossen Vertrauensbruch angestiftet, in dem Sie ihn veranlassten Ihnen eine Namensliste aller am 1. Streiktag im Werk Anwesenden zu liefern. Bivort hat zugegebenermassen diese verlangte Liste ausgestellt und an Sie abgeliefert (Verstoess gegen C. Lorenz Arbeitsordnung VIII Abs. 13/1).

Ferner haben Sie während des Streikes unter Missbrauch Ihrer Autorität als ehemaliger Betriebsratsvorsitzender als Streikposten Arbeitswillige von der Arbeitsaufnahme abgehalten.

Nach dem Streik haben Sie sich am 1.9.1954 morgens den von der Werkleitung an den Pförtner gegebenen Anordnungen, die ihnen von dem diensttuenden Pförtner bekanntgegeben wurden, nicht gefügt. Darüber hinaus haben Sie trotz eindringlicher Ermahnung durch den Personalleiter die Mehrzahl der ehemals Streikenden aufgefordert, sich ebenfalls über die dem Pförtner gegebene Anweisung hinwegzusetzen und das Werkgelände sowie die Betriebsräume, trotz des ausdrücklichen Verbots, zu betreten.

Sie haben sich damit Dienstbefugnisse der Werkleitung anmassst, Anstiftung zum Hausfriedensbruch betrieben und vollendeten Hausfriedensbruch begangen (§ 123 Abs. 2 StGB). Nach der somit geschaffenen Lage haben Sie für Ihre Person auch eine weitere namentliche Aufforderung der Werkleitung über die Rundspruchanlage, durch die Sie zum sofortigen Verlassen des Werkes angehalten wurden, missachtet und haben den Versuch gemacht, eine Betriebsratsitzung abzuhalten; es bedurfte zweier nochmaliger Aufforderungen, die letzte unter Androhung polizeilicher Massnahmen, um Sie zum Verlassen des Werkes zu bewegen."

./.

IG Metall
Bezirk München

Verwaltungsstelle: L a n d s h u t

A n t r a g

auf Weitergewährung von Gemafregeltenunterstützung.

Vor- und Zuname: **Tilch Wolfgang** geb. am: **28.8.23**
Beruf: **Elektriker** Fam.Stand: **verh.** Kinder unt.18Jhr.: **keine**
gewerksch.org.seit: **1.10.1949** geleist. Wo-Beitrag: **-.80**
gewerksch. Funktion: **Betriebaratsvorsitzender** seit: **April 1953**
bisher beschäftigt bei Fa.: **C. Lorenz, A. G., Werk Landshut**
seit: **7.2.1949** Termin der erstmaligen Entlassung oder
Nichtweiterbeschäftigung (Streik): **6.9.54**
Grund der Entlassung: **Hausfriedensbruch, Streikpostenstehen,
Abhaltung einer illegalen Betriebsratssitzung**

Eigene Stellungnahme dazu: **Die Entlassungsgründe sind an den Haaren herbeigezogen. Der Hauptgrund für die Firma ist, mich als Betriebsratsvors. auszuschalten.**

Neue Arbeitsmöglichkeit(en) angeboten: ~~Ja~~/Nein Wann:

bei welcher Fa.:

Seit Streikende gearbeitet in **nirgends**

Fa. von bis

Fa. von bis

Grund des Ausscheidens: **entfällt**

Aus welchen besonderen Gründen wird die Weitergewährung von Unterstützung beantragt:

Durch die Massregelung habe ich nicht nur meinen Arbeitsplatz, sondern auch meine neue Wohnung verloren, was besonders schmerzlich ist, da meine Frau lungenkrank ist. Die DM 34.- Arbeitslosenunterstützung sind nicht ausreichend, um den besonderen Bedürfnissen meiner Familie gerecht zu werden.

Den 21.1. 1955

gez. Wolfgang Tilch
Unterschr.d.Antragst.

Verwaltungsstelle:
 Stand vom: 25.11.54
 M a s s e e l u n g e n
 (fristlose Entlassungen)
 (fristgemäss Gekündigte)

Lfd. Nr.	Name/Vorname	Alter	Beruf	Wohnung:	Mitgl. seit:	Firma:	im Betr. seit:	entlassen am:	Entlassungsgrund:	Funktion:	Klage erreicht am:
1.	Marian	28.11.28	Büch	Waldstr. 20	1.9.50	Loring	25.9.49	4.9.54	Heilbescheinigung	K.	14.9.54
2.	Stebor	28.11.28	Abt.	Waldstr. 20	1.9.50	" "	12.54	4.9.54	" "	A.	14.9.54
3.	Wagner	11.11.28	Polizei	St. 39	1.4.50	" "	3.4.50	4.9.54	" "	K.	14.9.54
4.	Wagner	4.7.28	Polizei	Waldstr. 20	1.11.53	" "	29.6.53	4.9.54	" "	K.	13.9.54
5.	Wagner	3.11.25	Polizei	Waldstr. 20	1.11.53	" "	1948	4.9.54	" "	K.	13.9.54
6.	Wagner	4.4.28	Polizei	Waldstr. 20	1.11.53	" "	1945	4.9.54	" "	K.	13.9.54
7.	Wagner	11.3.28	Polizei	Waldstr. 20	1.11.53	" "	1.6.45	4.9.54	" "	K.	13.9.54
8.	Wagner	11.3.28	Polizei	Waldstr. 20	1.11.53	" "	12.11.49	4.9.54	" "	K.	13.9.54
9.	Wagner	11.3.28	Polizei	Waldstr. 20	1.11.53	" "	2.2.49	4.9.54	" "	K.	13.9.54
10.	Wagner	11.3.28	Polizei	Waldstr. 20	1.11.53	" "	11.2.54	4.9.54	" "	K.	13.9.54
11.	Wagner	11.3.28	Polizei	Waldstr. 20	1.11.53	" "	1.11.54	4.9.54	" "	K.	13.9.54

AUSBLICK

Es ist sicherlich reizvoll und nicht uninteressant, für einen Ausblick auf die zu erwartenden gesellschafts- und tarifpolitischen Auseinandersetzungen in den nächsten Jahren Prophet zu spielen.

Die idealistische Zielsetzung einer humanen, freien und gerechten Gesellschaft war in der Arbeiterbewegung jedoch nie mit träumerischem Prophetentum, sondern immer mit konkretem Kampf und gegenwartsbezogener Kleinarbeit verbunden. Unsere Vorstellungen von einer besseren Lebens- und Arbeitssituation der abhängig Beschäftigten unterscheiden sich nicht von den Zielsetzungen unserer Vorkämpfer vor 100 oder vor 30 Jahren. Und wie sie werden wir auch nicht vergessen, die unmittelbar bevorstehenden Aufgaben zu fixieren und anzugehen - unter den Bedingungen, die wir heute vorfinden und mit den Mitteln, die uns heute zur Verfügung stehen.

Unser Einsatz ist hoch und jeder, der sich der Arbeit in den Gewerkschaften verschrieben hat, weiß das. Derjenige, der jede Minute, zu jeder Stunde und Tag für Tag für seine Kollegen ansprechbar ist, der sich für gemeinsame Interessen stark macht und mit persönlichem Mut um deren Durchsetzung ringt, der weiß, wie mühselig das Erreichte erarbeitet werden mußte.

Der Widerstand der Unternehmer und ihrer politischen Helfer wird in den nächsten Jahren keinesfalls geringer werden - der unternehmerische Tabu-Katalog und die forcierten Angriffe auf die Einheitsgewerkschaft sind Beweis dafür. Nicht nur die tarifpolitischen Kämpfe, auch die gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen werden härter werden.

Die neuen Technologien haben eben erst begonnen, Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen einschneidend zu verändern. Wenn sich dies nicht einseitig zu Lasten unserer Kolleginnen und Kollegen auswirken soll, werden wir verstärkt um die Erhaltung von Arbeitsplätzen, gegen Dequalifizierung unserer Arbeitskraft und um den Schutz vor profitorientierter Rationalisierung kämpfen müssen.

Die Wirtschaftskrise ist nicht überwunden und der Konkurrenzdruck, der in den 80er Jahren aus den Entwicklungsländern auf die europäische Industrie zukommen wird, läßt auch wenig Hoffnung auf eine langfristige wirtschaftliche Stabilisierung. Hier gilt es, die formulierten gesellschaftspolitischen Forderungen nach Einschränkung der unternehmerischen Verfügungsgewalt, nach wirtschaftlicher Mitbestimmung auf allen Ebenen durchzusetzen und dem Versuch der Abwälzung der Krisenlasten auf die Arbeiter und Angestellten einen Riegel vorzuschieben.

Schließlich werden wir die weitere politische Entwicklung in der Bundesrepublik aufmerksam verfolgen müssen. Es ist eine alte Erfahrung der Arbeiterbewegung, daß mit wirtschaftlichen Krisensituationen stets eine Verschärfung des politischen Klimas einhergeht. Die Diskussion über ein Verbändegesetz zur Knebelung der Gewerkschaften, die Angriffe auf die Einheits-

gewerkschaft, die Überwachung von Betriebsräten durch den Verfassungsschutz und die Bepitzelung von Tarifverhandlungen durch die Polizei, das Verbot einer antifaschistischen Kundgebung des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Frankfurt und das dreiste Auftreten der alten und neuen Nazis in der gesamten Bundesrepublik sind nur einige der zu nennenden Aspekte.

VERWALTUNGSSTELLE LANDSHUT

Die Verwaltungsstelle Landshut steht mit ihren Funktionären in den Betrieben vor vielseitigen Aufgaben.

Von Simbach am Inn bis nach Mainburg, von Isen bis nach Langquaid und von Eching bis nach Wallersdorf sind noch immer mehr als 30 Betriebe mit über 100 Beschäftigten in der Metallindustrie und im Metallhandwerk ohne Betriebsrat. Nicht zu reden von all den Betrieben, die weniger als 100 Arbeiter und Angestellte beschäftigen.

Hier werden wir verstärkt tätig werden müssen, um den Belegschaften zu verdeutlichen, daß sie auf erkämpfte Rechte und Mitbestimmungsmöglichkeiten verzichten, daß sich damit jeder einzelne und auch die gesamte Belegschaft schutzlos der Unternehmerwillkür unterwirft.

Die Verwaltungsstelle betreut zur Zeit 65 Betriebe mit Betriebsratseinheiten sowie eine Vielzahl von kleineren Betrieben, in denen die Betriebsratswahlen noch nicht eingeleitet werden konnten.

Doch allein von den 65 Betrieben, die bereits einen Betriebsrat gewählt haben, sind 30 nicht tarifgebunden, daß heißt, die Besitzer sind weder in einem Arbeitgeberverband organisiert, noch bestehen Werktarifverträge. Dieser untragbare Zustand zwingt die Betriebsräte nach jedem Tarifabschluß mehr oder weniger um die Anwendung der Tarifverträge zu betteln und zu bitten.

Es wird unsere Aufgabe sein, in diesen Betrieben durch einen hohen Organisationsgrad die Voraussetzungen für die Durchsetzung von Tarifverträgen zu schaffen und den Beschäftigten den Schutz von Anerkennungs- oder Werktarifverträgen zu erkämpfen.

Die Struktur der von uns erfaßten Betriebe ist problematisch:

- 90 % der Industriebetriebe im Verwaltungsstellenbereich sind Zweigbetriebe. Durch eine Reihe von Beispielen kann bewiesen werden, daß gerade Zweigbetriebe als allererste von beschäftigungspolitischen Maßnahmen betroffen sind und gerade hier die Neigung am Größten ist Entlassungen auszusprechen und Betriebsschließungen vorzunehmen.
- Inwieweit sich die derzeitige Entwicklung auf dem Ölmarkt kurz- oder langfristig auf die Automobilindustrie und deren Zulieferer auswirken wird, ist heute noch nicht genau einzuschätzen. Die Automobilindustrie in Niederbayern hat bisher an Beschäftigten zugenommen und dadurch Arbeitskräfte aus rückläufigen Branchen aufnehmen können. Tritt auch hier eine Stagnation oder gar ein Abbau ein, wird es zu hohen Arbeitslosenzahlen kommen.

- Die im Verwaltungsstellenbereich angesiedelten Betriebe sind überwiegend stark rationalisierungsfähig. Das Problem der arbeitsplatzfressenden Technologien zeigt sich schon jetzt deutlich im Bereich der Unterhaltungs-Elektronik und wird in der nächsten Zeit auch verstärkt auf die übrigen elektro-technischen Bereiche zukommen. Hier werden besondere Aktivitäten zum Schutz vor Dequalifizierung und zum Erhalt von Arbeitsplätzen notwendig sein.

Dies sind nur einige Schwerpunkte der auf uns zukommenden Aufgaben. Insgesamt wird es unsere Aufgabe sein, auf die erkannten problematischen Entwicklungen immer wieder hinzuweisen, rechtzeitig zu reagieren und zum Schutz unserer Mitglieder sowie zur Verteidigung ihres Besitzstandes entsprechende Aktionen einzuleiten und durchzuführen. Im politischen Bereich müssen diese Maßnahmen und Aktivitäten durch Forderungen zu einer verbesserten Wirtschaftsstruktur unterstützt werden, um langfristig zu einem besseren quantitativen und qualitativen Arbeitsplatzangebot zu kommen.

Wenn wir diese Aufgaben bewältigen können, werden wir mit unserer Arbeit in der Verwaltungsstelle Landshut sicherlich dazu beitragen können, daß unsere Organisation in ihrer Gesamtheit die vor ihr liegenden Auseinandersetzungen besser bestehen und erfolgreich entscheiden kann.

Die vor uns liegenden Jahre werden alles andere als leicht sein. Aber die auf uns zukommenden Probleme müssen bewältigt und die vor uns liegenden Auseinandersetzungen und Kämpfe müssen bestanden werden.

Wir wollen und werden unsere erfolgreiche Arbeit fortsetzen; gemeinsam, solidarisch und mit der ganzen Kraft unserer Bewegung. Wir wissen, daß wir keine andere Chance haben als die Arbeit aller im Interesse der arbeitenden Menschen. Noch immer gilt das Wort Bert Brechts:

Wer im Stich läßt seinesgleichen,
läßt ja nur sich selbst im Stich.

Und wir sollten es halten wie unsere Urgroßväter, Großväter und Väter:

In den Gefängnissen des Bismarck-Staates, den Konzentrationslagern des Hitler-Faschismus und auf den Schlachtfeldern der Weltkriege wagten sie es, von einem Leben in Frieden und Freiheit zu träumen. Niemals vergaßen sie ihre großen Ziele.

Aber sie träumten nicht nur, sondern sie nahmen den Tageskampf auf. Sie wirkten aus den Gefängnissen heraus weiter, leisteten Widerstand in den Konzentrationslagern, übten Solidarität auf den Schlachtfeldern.

Sie haben uns den Weg gezeigt: wir dürfen über der täglichen Kleinarbeit die großen Ziele der Arbeiterbewegung nicht vergessen. Unsere Arbeit muß stets an diesen Zielen orientiert sein. Und wir dürfen uns nicht dazu verleiten lassen, von diesen Zielen zu träumen und darüber die Tagesarbeit zu vernachlässigen, denn sonst werden wir unsere Vorstellungen nicht verwirklichen können.

Auflösungsbeschluß des Bayerischen Gewerkschaftsbundes, verabschiedet während des Dritten Ordentlichen Bundestages vom 13. bis 14. September 1949 in München:

"Unter der Voraussetzung, daß der für den 12. bis 14. Oktober 1949 einberufene Kongreß der Gewerkschaften im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland die Gründung des 'Deutschen Gewerkschaftsbundes' zum 1. Januar 1950 beschließt und dieser seine Tätigkeit an diesem Tage oder später aufnimmt, beschließt der Bundestag des Bayerischen Gewerkschaftsbundes gemäß § 21 der Bundessatzung seine Auflösung zum 31. Dezember 1949.

Das gesamte Vermögen des Bayerischen Gewerkschaftsbundes, einschließlich aller Verbindlichkeiten, geht mit dem Tage der Auflösung auf den neugegründeten 'Deutschen Gewerkschaftsbund' über.

Mit der Abwicklung der laufenden Geschäfte und mit der Übertragung des Vermögens auf den neugegründeten 'Deutschen Gewerkschaftsbund' beauftragt der Bundestag den bisherigen Bundesvorstand.

Dieser ist insbesondere ermächtigt und verpflichtet, mit dem Vorstand des neuen 'Deutschen Gewerkschaftsbundes' die Übernahme sämtlicher Verträge zu vereinbaren sowie alle Maßnahmen im einzelnen durchzuführen, die für die Übertragung des Vermögens und der Verbindlichkeiten auf den neuen 'Deutschen Gewerkschaftsbund' erforderlich sind.

Die endgültige Übertragung ist durch einen Prüfungs- und Abschlußbericht eines anerkannten Wirtschaftsprüfers zu beenden."

ANHANG

AUSGEWÄHLTE STATISTISCHE ANGABEN

J A H R	1949	1959	1969	1979
Mitgliederzahlen der Verwaltungsstelle Landshut (Jahresdurchschnitt)	2.799	2.752	5.118	17.416
Betriebsratseinheiten der Verwaltungsstelle Landshut	keine Angaben	22	27	65
Löhne in der bayerischen Metallindustrie (Facharbeiter)	DM 0,79	DM 1,85	DM 3,85	DM 8,75
Urlaubsdauer (nach vollendetem 30. Lebensjahr)	15 Tage	15 Tage	24 Tage	28 Tage
Urlaubsgeld (zusätzliches)	-	-	30%	50%
wöchentliche tariflich vereinbarte Arbeitszeit	48 Std.	44 Std.	40 Std.	40 Std.

Aus der Schlußansprache des Vorsitzenden Hans Böckler anlässlich des Gründungskongresses des Deutschen Gewerkschaftsbundes 1949:

"Entgegen den da und dort geäußerten Befürchtungen, es könnte in diesem Kongreß zu Verstimmungen kommen, darf ich wohl feststellen, daß Befriedigung zu verzeichnen war auch bei denen, deren Wünsche und Absichten hier keine volle Erfüllung finden konnten. ... Und wenn im Kongreß selbst deren einige aufleuchteten, so haben wir doch erreicht, daß sachliche Meinungsverschiedenheiten hier eine sachliche Behandlung erfahren haben. Wenn das auch in Zukunft geschieht ... , brauchen wir keine Sorge zu tragen um eine fruchtbare Arbeit. Echt gewerkschaftliche, d. h. kameradschaftliche Zusammenarbeit wird dann die Erfolge zeitigen, deren wir bedürfen.

Darum laßt uns frohen Mutes an die Arbeit gehen, an schwere Arbeit, die wir verantwortungsbewußt, jede und jeder an seinem Platze leisten wollen. Wir wollen hinaustragen in die Mitglieder den guten Geist und den ernstesten Willen, von denen die Arbeit dieses Kongresses getragen war. Wir wollen schützen und pflegen die Einigkeit und Einheit der Organisation und sie verteidigen gegenüber jedermann.

Groß sind die Schwierigkeiten, die uns erwarten, erhaben aber auch der Gedanke, zu ihrer Lösung mitberufen zu sein. Was wir zu leisten haben und was wir leisten werden, es ist durchaus in unsere eigenen Hände gegeben. Die Gewerkschaften genießen das Vertrauen vieler Millionen Menschen im Lande. Sie sind ihre Hoffnung und sind ihre Zuversicht. Wir wollen dies Vertrauen rechtfertigen durch unermüdete Hingabe an das Werk der Befreiung der Arbeitenden und der sozial schlecht gestellten Menschen von Unfreiheit, Not und Elend ...

Und nun mit Zuversicht ans Werk. Ein zielklarer Wille leitet zur Tat, die allen Werkes Anfang ist ...

Ich bitte Sie, verehrte Anwesende, zum Schluß mit mir einzustimmen in den Ruf:

Es lebe die deutsche Arbeiterbewegung,
es lebe die Internationale,
beide in Freiheit und in Unabhängigkeit!"